Einzelpreis 700 Mark

Halle, Mittwoch, den 4. Juli

Jahrg. 1923 • Nr. 153

Schriftleitung: Harz 42/44, Hinterh. II. Fernruf 4667. Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem täglich. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen" und „Unserer Jugend". Unverlangt eingesandt. Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion: mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlich. u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. Buchhandlg. u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 57. Postscheckkonto Nr. 308 19 Erfurt. — Bezugspreis: Teilbetrag f. Juli 7000 M. u. 400 M. Bestellgeld; wöch. 3700 M., Monatsbezugspr. voraussichtlich 14 800 Mk. einschl. Trägerl. Für Abh. wöch. 3500 M., halbmon. 7000 u. mon. 14000 M. Postbezugspr. 14000 M., Bestellgebühr extra. Anz.-Preis: 10gesp. Mill.-Zeile 600 M. i. Anz.- u. 3000 M. i. Textteile (Rekl.) Anz.-Annahme b. 9 U. morg. f. d. lfd. Nr.

Trügerische Hoffnungen.

Keine Sonderaktion Englands.

Der Soz. Parl.-Dienst gelangte in den Besitz folgender Erklärung:

„In offiziellen Kreisen Londons ist man überrascht über die Andeutung, die britische Regierung sei entschlossen, eine sofortige Regelung mit Frankreich zu erzwingen. Von ermächtigter Seite wird festgestellt, daß es durchaus voreilig wäre, von einem gesonderten Vorgehen Englands Deutschland gegenüber zu sprechen."

Zur Politik des Völkerbundes

äußert sich unser Pressedienst weiter:

Die Hoffnungen auf ein Zerwürfnis zwischen England und Frankreich, von denen in gewissen deutschen Kreisen alles Heil für unser Volk erwartet wurde, sind durch eine Mitteilung der offiziellen Agentur der englischen Regierung schnell zerstreut worden. Tatsächlich denkt man in den maßgebenden Kreisen Englands nicht daran, das Bündnis mit Frankreich ohne weiteres aufzugeben und zu einer Sonderaktion in der Reparationsfrage zu schreiten. Auch in London ist man davon überzeugt, daß in erster Linie eine Bündnispolitik mit Frankreich im Interesse des Friedens liegt, den die englische Regierung, vor allem aber das Volk, will. Deshalb, auch trotz aller Enttäuschungen, die fortgesetzten Bemühungen, die sicherlich bestehenden Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen und den Weg zu einer Kompromißlösung zu finden. Nach allen bisherigen Verlautbarungen sieht die englische Regierung die Möglichkeit einer derartigen Kompromißlösung in grundsätzlichen Zugeständnissen an Frankreich in der Frage der Eisenbahnregie und der Sicherheiten am Rhein, deren Durchführung aber dem Völkerbund obliegen soll.

Schon die Tatsache, daß **der Völkerbund bei der Lösung des Ruhrkonfliktes Mitbestimmungsrecht erhalten soll**, muß in breiten deutschen Volkskreisen mißtrauisch wirken. Der Völkerbund, wie er heute ist, genießt in Deutschland kaum Vertrauen. Insbesondere die Entscheidung über die Grenzregulierung in Oberschlesien hat in Deutschland allgemein den Eindruck hervorgerufen, daß der gegenwärtige Völkerbund nichts anderes ist als ein Instrument, das sich bemüht, den französischen Machtbestrebungen in jeder Hinsicht gerecht zu werden. Auch die Behandlung der Saarfrage spricht dafür. Trotz aller Beschwerden unserer saarländischen Volksgenossen an den Völkerbundsrat herrscht an der Saar bis heute noch das System der Unterdrückung. Es ist daher verständlich, wenn die Neigung des deutschen Volkes, Vertreter in den Völkerbund zu entsenden, nicht groß ist und die Bestrebungen Frankreichs, Deutschland von dem Bund fernzuhalten, keine besondere Verstimmung hervorgerufen haben.

Es ist begreiflich, wenn die englische Regierung in Konsequenz ihrer Politik jetzt deshalb Versuche anstrengt, den Völkerbund in gewissem Sinne zu reorganisieren, um ihn auch für die deutsche Bevölkerung schmackhaft zu machen. Die Besprechung der Saarfrage, die gerade in diesen Tagen vor aller Oeffentlichkeit gegen die Absichten der französischen Regierung erneut in Genf vor sich geht, und die vorausgegangene Entsendung des Lord Robert Cecil als Vertreter der englischen Regierung im Völkerbundsrat dürften als Einleitung der Reorganisationsbestrebungen zu betrachten sein. Auch nach der Aenderung der Geistesverfassung des gegenwärtigen Völkerbundes wird in der Stimmung der deutschen Bevölkerung gegenüber dem bestehenden Bund der Völker nichts geändert, wenn nach erfolgreicher Reorganisation der Versuch gemacht werden sollte, diesen Bund als Kontrollinstanz über deutsche Gebietsteile zu benutzen, ihm Hoheitsrechte zuzugestehen, die ausschließlich dem Deutschen Reiche zukommen. Die Aufrechterhaltung der Eisenbahnregie im Westen Deutschlands und die Einsetzung einer internationalen Gendarmerie tasten aber die deutschen Hoheitsrechte an.

Immerhin dürfte die Mehrheit des Reichstages, wenn es notwendig ist, das Schicksal unseres Volkes einem Völkerbund anvertrauen, von dem sie gewiß ist, daß er im wahrsten Sinne des Wortes ein Bund der Völker ist, der vor allen Dingen die Hoheitsrechte jedes Staates achtet. Das letzte Angebot der deutschen Regierung gibt zu erkennen, daß man jetzt selbst in einem Teil der Kreise Deutschlands die Notwendigkeit der Erfüllungspolitik als gegeben ansieht, die bisher einer Wiedergutmachung feindlich gegenüberstanden. Geht man bei der kommenden Lösung von diesem Gesichtspunkt aus — und das muß ein Völkerbund, der seinem Namen gerecht werden will —, dann läßt sich schon eine Lösung finden, die Deutschlands Recht zum Leben anerkennt, seine Hoheitsrechte achtet, schließlich aber auch den Völkern, die auf Reparationen bestehen, das gibt, was der Wiederaufbau der gestörten Gebiete erfordert und was im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit liegt.

Neue Regierung — alte Politik.

Erklärungen des belgischen Kabinetts.

Brüssel, 4. Juli. (WTB.) In der Kammer erklärte Ministerpräsident Theunis, daß die neue Regierung mit demselben vollständigen Programm bezüglich der militärischen und der Sprachenfrage an die Geschäfte herantrete wie die vorige. Ebenso müßten **die zurzeit gegen Deutschland angewendeten Zwangs- und Ausnahmemaßnahmen aufrechterhalten werden.** Die Regierung beabsichtige, die Politik ihrer Vorgängerin fortzuführen. Mit ebensoviel Mäßigkeit wie Festigkeit wird die Regierung die größte Energie entfalten, um das feige und verabscheuungswürdige Verbrechen zu ahnden, dessen Opfer eine Anzahl belgischer Soldaten geworden. **Die Regierung wird bei ihrer Reparationspolitik bleiben, bis das Land Genugtuung erlangt.**

Italiens Stellung zum Ruhrproblem.

Eine Erklärung Mussolinis.

Rom, 4. Juli. Mussolini sprach gestern im Ministerrat über die auswärtige Lage. Die Lage an der Ruhr habe sich in den letzten Tagen verschlechtert. Das Eingreifen des Papstes habe nichts gebessert, vielmehr sei der Beschluß des französischen Senates und der Sabotageakt in Duisburg ein gegenteiliges Anzeichen. Nach der Lösung der belgischen Krise sei die Aufnahme der diplomatischen Aktion jedoch wieder möglich. **Italien beteilige sich an ihr und werde sich für eine vollständige Lösung des Reparationsproblems im Sinne des Londoner Memorandums einsetzen.**

Der Papst gegen die Hakenkreuzler.

Schärfste Verurteilung der Sabotageakte.

München, 3. Juli. Der Papst hat an seinen Münchener Vertreter Faseelli aus Anlaß des Unglücks auf der Rheinbrücke bei Duisburg-Hochfeld folgendes Telegramm richten lassen:

„Während der Heilige Vater sich mit seinem Brief bemühte, die Mächte zu einer wirtschaftlichen Verständigung zu führen und während er bestrebt ist, alles vermeiden zu lassen, was eine solche Verständigung verhindern könnte, erfuhre ich zu meinem lebhaften Schmerz, daß in den besetzten Gebieten Sabotage-Akte und andere Verbrechen unter der Deckung der passiven Resistenz begangen werden.

Seine Heiligkeit beauftragt mich, energische Schritte zu unternehmen, damit die dortige Regierung ein für allemal einen solchen verbrecherischen Widerstand verurteilt."

(gez.) **Gasparri.**

•

Wir sind gespannt, was die Reichsregierung dem Beauftragten des Papstes antworten wird. Ob man jetzt endlich einsieht, wie mit deutschen Interessen Schindluder getrieben wird? Die Verurteilung der Verbrechen an Rhein und Ruhr durch das Papsttelegramm geschieht in so scharfer Form, daß allmählich selbst der Reichs- und Redekanzler Cuno begreifen müßte, wie diese Schurtereien bezahlter Nationalbolschewisten im Auslande wirken, wenn schon der Papst sie als Verbrechen bezeichnet.

•

Wie die Berliner Morgenblätter melden, trifft der päpstliche Nuntius Pacelli heute aus München in Berlin ein und wird mit dem Reichskanzler eine Besprechung haben, deren Gegenstand das Telegramm des Papstes an den Nuntius sein wird.

Der Kampf an der Ruhr.

Schärfste Durchführung der Blockade.

Elberfeld, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Verkehrssperre wird überall streng durchgeführt. Der Kommandant in Wohwinkel hat die Stillegung der Elberfelder Schwebebahn, deren Endpunkt im unbesetzten Gebiet liegt, verfügt. Durch die Stillegung der Schwebebahn wird der Verkehr im Wuppertal und im Bergischen Land vollständig unterbunden. In Hengstey dürfen nur Personen passieren, die aus dem unbesetzten Gebiet kommen und ins unbesetzte Gebiet wollen. Alle anderen werden zurückgeschickt. Durch die neuesten Maßnahmen ist die Lebensmittelversorgung im Einbruchsgebiet ernstlich gefährdet. Das trifft besonders für die Bezirke Essen und Gelsenkirchen zu. Der Regierungspräsident von Köln wurde bei dem englischen Kreisdelegierten vorstellig, um eine mildere Handhabung der von den Franzosen erlassenen Verkehrsbestimmung, speziell für den Brückenkopf Köln, zu erwirken. Der Kreisdelegierte sagte zu, einen entsprechenden Versuch zu machen und hat sich sofort mit den maßgebenden Stellen in London in Verbindung gesetzt. In London wird augenblicklich über die Angelegenheit beraten. Berliner Post ist am Montag und Dienstag nicht eingetroffen. **Zeitungen werden ebenfalls ins besetzte Gebiet nicht zugelassen.** Das sozialdemokratische „Solinger Volksblatt", das in Elberfeld gedruckt wird, kann deshalb nicht erscheinen.

In Bottrop haben die Franzosen durch Plakatanschlag angeordnet, daß sämtliche Wirtschaften für die Dauer von vier Wochen ab 3. Juli zu schließen sind, und die Straßenbahn ihren Verkehr für 14 Tage einzustellen hat. Der Grund hierfür ist ein Unfall eines französischen Kraftwagens, der in der Nacht vom 29. zum 30. Juni gegen einen auf einer Hauptverkehrsstraße am Bahnhof Bottrop-Nord liegenden Stein fuhr, wobei einige Insassen erheblich verletzt wurden.

Das militaristische Schreckensregiment.

Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet: In der Nacht zum 4. Juli wurde in Herten der Bergmann Ponkamp von einem französischen Posten erschossen. Der Arbeiter Richard Jöckel wurde angeschossen. Auf der Eisenbahnstrecke Dorsten—Osterfeld und Dorsten—Buer-Süd ruhte bis heute nacht 12 Uhr der Verkehr anläßlich der Trauerfeier für die Opfer der Explosionskatastrophe bei Hochfeld. In Herne und Recklinghausen wurden ausgewiesen: am 30. Juni 68 Eisenbahner, in Mülheim 10 Eisenbahner; am 2. Juli in Herne 18 Eisenbahner und in Gelsenkirchen 7 Eisenbahner. Am 1. Juli versuchten sechs Mann mit einem Kahn unter Umgehung der Postenkontrolle über die Ruhr zu fahren. Sie wurden von den Posten beschossen und zum Teil verletzt.

Frankfurt a. M., 4. Juli. In Ludwigshafen wurden ausgewiesen 9 ledige und 23 Verheiratete mit Frauen und 45 Kindern, im Bezirk Trier 188 Eisenbahner mit Familien, im Bezirk Mainz 84 Bediensteten mit Familien.

Das Ruhrproblem

inmitten der Finanznöte Deutschlands.

Von Fritz Kunert.

II.

Auch die an sich vorzüglichsten Maßnahmen haben für ihren vollen Erfolg zwei Voraussetzungen. Erstens müssen sie in sachgemäßem, systematischem Zusammenwirken angewendet werden. Zweitens bleiben sie taube Nüsse, wenn ihnen nicht die Erfassung der Gold- oder Sachwerte mächtig fördernd, ja entscheidend, zur Seite steht, was innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsordnung durchaus als möglich erscheint. Eine starke Ergreifung dieser Werte liegt zweifellos noch im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft. Wertbeständige Reichsobligationen würden dadurch sofort ermöglicht werden. Die Sachwerte würden die Regierung kreditfähig machen, so daß sie mit gutem Erfolg zu Goldanleihen, zur Deckung und zum finanziellen Ausgleich des Ruhrabenteuers, zur Durchführung der Reparationsforderungen sowie zur schließlichen Amortisation der Gesamtschuld übergehen könnte.

Die Spuren Dänemarks im vorigen und Ungarns in diesem Jahrhundert schrecken nicht. Denn in beiden Ländern wurde die Erfassung der Goldwerte mit unzulänglichen Mitteln als Experiment behandelt, das in einem stümperhaften Versuch zum Scheitern verurteilt war. Der rühmlich bekannte österreichische Sozialpolitiker und Nationalökonom Goldscheid sprach sich schon zu Anfang und auch in der Mitte des Weltkriegs wiederholt mit aller Energie und Klarheit für Erfassung der Sachwerte aus. So in seinem trefflichen Werk „Staatskapitalismus und Staatssozialismus." Er kam zu dem Resultat, daß alle anderen Steuern außer Erfassung dieser Werte in der einen oder anderen Form abgewälzt werden und früher oder später unweigerlich in die Taschen der Finanz- und Kapitalmagnaten zurückfließen müssen.

Niemand bezweifelt, daß die Sachwerte den erheblichsten Teil des Warenreichtums des Landes ausmachen, daß sie jetzt bei Beantwortung der Reparationsfrage eine höchst wichtige Rolle zu spielen haben. Man spricht roßtäuscherisch vom Nationalreichtum, vom Nationalvermögen in Höhe von 200 bis 800 Goldmilliarden und meint doch nichts anderes damit als den Privatbesitz einzelner. Anders liegt es bei der Nationalschuld; sie ruht auf dem ganzen Volke als eine ganze, unteilbare Schuld. Nun, es gilt jetzt den Spieß umzukehren und das Nationalvermögen haftbar zu machen für die Nationalschuld. Dem Staat bleibt nichts übrig als diesen Weg zu beschreiten. Er ist nämlich in der Lage des Proletariats: er besitzt nur wertlose Schuldpapiere, er ist besitzlos, er muß nach Besitz greifen, um aus seiner Bankerotteursituation herauszukommen und sich zu retten. Zunächst einmal hat er ein dementsprechendes Gesetz, das auch die erforderlichen Bestimmungen über ein Reichsvermögenskataster enthält, durchzusetzen. Denn jetzt geht es um seine Existenz, um die des Proletariats, des Volkes, kurz, um das Ganze. Dabei ist doch zu erwägen, daß die Erfassung der Goldwerte die mildeste Form der Zwangsenteignung, der berechtigten Konfiskation ist; eine Enteignung und Aneignung von Aktien, Hypotheken oder anderes gearteten Besitztiteln einzelner nach rechtlich bestimmtem Prozentsatz. Der Privategoismus hat sich der höheren Vernunft, dem Interesse der Gemeinschaft zu beugen. Die Reparation muß so ermöglicht werden, ohne völlige Verelendung der Massen.

Es ist unerträglich, daß die Kapitalmacht einzelner zur Korruption und fränkenden Fäulnis im Innern führt, daß z. B. der Stinnes-Konzern und seine Mitläuferschaft sozusagen in idealer Konkurrenz mit den völkischen Hakenkreuzlern einen Staat im Staate bilden, daß so Devisenkäufe verabredet und durchgesetzt werden, die am 18. April zur Ursache des Zusammenbruchs der Markstützungsaktion führten. Die Frage nach der Schuld und nach den Schuldigen aufzuwerfen, heißt sie beantworten. In dieses Wespennest muß bei der Gelegenheit mit Hilfe der Erfassung der Sachwerte großzügig und sehr fest eingegriffen werden. Das dürfte auch in anderer Beziehung höchst heilsam sein, da es unbedingt zur Reinigung der käuflichen politischen Presse sowie der ganzen politischen Atmosphäre in Deutschland wesentlich beitragen würde. Ablehnung des Opferschwindels der großkapitalistischen Danaer-Garantien ist eine Selbstverständlichkeit, schon gegenüber der proletarischen Garantieleistung durch die Arbeiterklasse in ihrer gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Bewegung und Organisation.

Der Staat muß Selbstbewirtschafter werden. Weshalb die tödliche Angst vor der auch in der Reichsverfassung vorgesehenen Sozialisierung, der Vergesellschaftung? Man mag einmal von der Ganz-Sozialisierung absehen. Man ziehe vor der Hand nur die mögliche Teil-Sozialisierung innerhalb des Kapitalismus in Betracht. Da ist die Sozialisierung des forstwirtschaftlichen Besitzes. Sie ist völlig reif. Kein nennenswertes Hindernis kann geltend gemacht werden. Das gleiche gilt für viele Teil-Sozialisierungen auf bergbaulichen und anderen Gebieten, wo verwandte Industrien zu einem rationellen Sozialisierungsausschnitt ohne besondere Hindernisse zusammengelegt werden können, wie das von der Sozialdemokratie seit vielen Jahren gefordert und in der neueren Zeit insbesondere von Goldscheid, Horten, Heinrich Ströbel u. a. als möglich bewiesen worden ist. Dann aber **weiter, Schritt für Schritt, bis zur Ganz-Sozialisierung, bis zur**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230704-19/fragment/page=0001

zellosen Vergesellschaftung der Produktion der Arbeits- und Produktionsmittel!

Schon auf dem Wege zu diesem Ziele erhält der Staat notwendig ein anderes Aussehen. Der krankhafte wirtschaftliche Kreislauf gesundet. Die Oekonomisierung der Produktion wird Tatsache, eine Tatsache, die das Privatkapital nicht zu leisten vermochte, weil es in Konkurrenzkämpfen aufgeht. Kurz und gut: Der Staat muß wirtschaften lernen. So war es zutreffend, als kürzlich der Abgeordnete Baentig im Preußischen Landtage ihm das spöttische Wort Shakespeares zurief: Wirtschaft, Horatio, Wirtschaft! — Diese ironische Mahnung trifft auch wundervoll zu auf Horatio-Cuno, den Ahnungslosen.

Oesterreich kam — eine warnende historische Tatsache — unter die finanzielle Auslandskontrolle. Es verlaufte seine Erstgeburt, seine Unabhängigkeit für lumpige 500 Goldmillionen, die im eigenen Lande durch die Sachwerbesitzer mit Leichtigkeit hätten aufgebracht werden können. Dabei waren Verarmung und Verelendung der unteren Bevölkerungsschichten und Sanierung des Großkapitals zu vergeichnen.

Vor solchem Schimpf muß Deutschland durch ein neues Steuer- und Finanzsystem und durch ehrliche Erfüllungspolitik bewahrt bleiben.

Ein Uebermaß von Initiative ist auf seiten der faszistischen und kapitalistischen Parteien. Darum ist es nötig, daß der Staat, die sozialistischen Parteien und das ganze Proletariat starke politische Initiative entfalten. Und zwar der Staat gegen den Großkapitalismus, die Sozialisten gegen den Staat und das Proletariat gegenüber der bürgerlichen Reaktion, deren Fahnen es millionenschwarz folgt, so daß die proletarische Mehrheit tatsächlich im bourgeoisen Lager der eigenen Todfeinde steht.

Also mehr geistige Initiative! Wenn es vorwärtsgehen soll, muß unzweideutige proletarische Politik auf der Basis sozialistischer Grundsätzlichkeit sowie revolutionäre Klassenkampftaktik im Zeichen internationaler Solidarität die Voraussetzung sein. Initiative, die hiervon ausgeht, führt zum Ziele. Unwissenheit, Dummheit und egoistische Stupidität sind dabei größte Hindernisse. Sie müssen überwunden werden.

Der idealistische Schwung einer spontanen passiven Resistenz im Ruhrrevier, wie er im Januar und auch später mit elementarer Kraft und Reinheit wirkte, hat Deutschland wieder Sympathien im Auslande erworben. Das ist ein hoher moralischer Gewinn, der höher als die Eroberung einer Provinz zu bewerten ist. Wenn in Deutschland die Ererbten der eigenen Nation aus massiven Ketten befreit, wenn die Hirngespinste der Unwissenheit zerrissen, wenn bei uns der Hang zu übernatürlicher, mysteriöser Hexerei in seinen geheimsten Schlupfwinkeln ausgerottet, wenn die deutsche Knechtseligkeit, wenn der teutonisch-völkische Blutdunst durch einen frischen Hauch des Volkslebens aus seinen Brutstätten verscheucht und ausgelöscht ist, — dann werden noch weitere Kreise Deutschland ihre lebhafte Sympathie zuwenden. Nur so kann es große, den Erdkreis umspannende moralische Eroberungen machen. Die Sonne wird uns wieder nach furchtbarer Nacht lächeln; Schritt für Schritt, Stück um Stück und Zug um Zug wird es dann in harter Arbeit, die der einzelne der Gesamtheit, die die freie Gemeinschaft dem freien Individuum leistet, unverdrossen, schließlich in geflügeltem Tempo glückaufwärts gehen.

Meuchelmörder auf Urlaub.

Aus Breslau wird gemeldet: Der Bandbeamte Salomon, der Sohn eines Frankfurter Polizeikommissars und ein Mithelfer der Rathenaumörder, wurde nach einer Privatmeldung aus dem Zuchthause Striegau (Schlesien) zur Hochzeit seiner Schwester beurlaubt, nachdem sein Onkel 50 Millionen Mark Kaution gestellt hatte. Es ist notwendig, daß die zuständigen Stellen unverzüglich Aufklärung über diese Nachricht geben.

Die „zuständigen Stellen" werden sich von dieser Aufklärung genau so drücken wie von allen anderen, die man verlangte. Daß just ein Jahr nach der schandbaren Abschlachtung Rathenaus einer seiner Mörder zu einem fröhlichen Fest beurlaubt wird, das fehlte gerade noch zu dem Bilde der Republik unter Cunos Führung.

Zum schlesischen Landarbeiterstreik.

Görlitz, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In der Kreistagssitzung für den Landkreis Görlitz erklärten die Vertreter der Sozialdemokratie, daß sie kein Vertrauen mehr zu dem Landrat haben und es fernerhin ablehnen, mit ihm zusammen zu arbeiten. Begründet wird das Mißtrauensvotum mit der Haltung des Landrats im Landarbeiterstreik, mit der übermäßigen Ausstellung von Waffenscheinen an die besitzenden Kreise und mit der fortwährenden Beschneidung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden. Nach Abgabe der Erklärung verließen die 13 Vertreter der Sozialdemokratie den Sitzungssaal. Ihnen schlossen sich die zwei demokratischen Kreistagsvertreter an, so daß die Sitzung beschlußunfähig wurde.

Fechenbach – Die Gerechtigkeit im Zuchthaus.

Der Reichstag zum Fechenbachurteil.

Eine vernichtende Kritik an dem bayrischen Justizmord.

Berlin, 3. Juli. (Sozialdem. Parl.-Dienst.)

Die Fortsetzung der Reichstags-Aussprache über den Fall Fechenbach brachte am Dienstag eine angenehme Ueberraschung. Der Redner des Zentrums nahm gegen das Urteil Stellung mit einer Schärfe, die kaum überboten werden kann. Er nahm für die Volksvertretung das Recht in Anspruch, sich auch mit rechtskräftigen Urteilen zu beschäftigen. Mit Erschrecken müsse jeder Mensch und mit Entsetzen auch der praktische Jurist vor der Ungeheuerlichkeit des Münchener Urteils stehen, das bisher unbescholtene junge Leute mit zusammen 33 Jahren Zuchthaus bestraft habe. Der fühlende Mensch erschrecke fast vor der Möglichkeit, daß dieses Urteil wirklich abgeleitet werden müsse. Bell bekundete, er sei zwar der Meinung, daß die Angeklagten nicht einwandfrei gehandelt hätten, aber die Strafe gehe über jedes zulässige Maß hinaus. Dann erhob sich seine Rede zu einer Kritik der Volksgerichte überhaupt. Er beleuchtete die Mängel des Verfahrens. Es schade der Unparteilichkeit, wenn der Ermittlungsrichter und Voruntersuchungsrichter zugleich an dem Urteil mitwirke. Im Falle Fechenbach hätten sich bei dem Verfahren diese Mängel gehäuft und seien so grell hervorgetreten, daß ihre Abstellung nötig sei. Gegen den bayerischen Volksparteiler Emminger betonte Bell, daß er seinen Urteil in der Hand gehabt habe, wo der politische Einschlag so stark und an so zahlreichen Stellen hervortrete. Diese politische Tendenz sei in dem Urteil stärker als die Seele eines wahren Volksgerichts. Er wünsche die baldige Aufhebung der Volksgerichte. Dem Reichsjustizminister sagte er, er bedauere, daß der Minister aus seiner Ueberzeugung, daß ein offensichtlicher Fehlspruch vorliege, nicht die nötigen Schlußfolgerungen gezogen habe. Allein schon aus der offensichtlichen Tatsache der Verjährung müsse die unverzügliche Abhilfe hergeleitet werden. Bei einem Fehlspruch solle man nicht erst auf ein Gnadengesuch warten. Es sei Sache der bayerischen Regierung, unverzüglich zu handeln und nicht erst ein Gutachten des Oberlandesgerichts einzuholen.

Sofort aber könnten die Angeklagten aus dem Zuchthaus entlassen

werden. Die Linke begleitete diese mutige Rede mit dauerndem Beifall, während es auf den Bänken des Zentrums selbst auffälligerweise an einer lauten Zustimmung fehlte.

Der Deutschnationale Strathmann, seines Zeichens Professor der evangelischen Gottesgelehrtheit, suchte mit dem bayerischen Volksparteiler Emminger in der Verteidigung der Volksgerichtsjustiz zu wetteifern. Immerhin ließ auch er seine Rede in einer Art ausklingen, die darauf schließen läßt, daß auch ihm Zweifel an der Berechtigung des furchtbaren Münchener Urteils aufstiegen.

Der Demokrat Brodauf nahm ganz den Standpunkt des Zentrumsredners Dr. Bell ein. Er verteidigte lebhaft den republikanischen Richterbund, dessen Gründung angesichts der vielen Feinde der Republik im Richterstande eine unbedingte Notwendigkeit gewesen sei.

Der Deutsche Volksparteiler Kahl gibt zu, daß sofort bei dem Lesen des Urteils Bedenken aufgestiegen seien. Aber er ist im Gegensatz zum Reichsjustizminister der Auffassung, daß eine Verjährung nicht vorliege. Der Reichsjustizminister selbst versuchte seine gestrige Rede zweifellos unter bayerischem Einfluß noch etwas abzuschwächen und hob hervor, daß er mit seiner Meinung, das Verzehen sei verjährt gewesen, nur seine persönliche Auffassung ausgesprochen hatte.

Der Kommunist Thomas und der Unabhängige Lebedour gaben ihrer Freude über die Bellsche Rede Ausdruck und bewegten sich im wesentlichen in denselben Gedankengängen.

Genosse Dr. Radbruch faßte dann das Ergebnis der Aussprache in einer Rede, voll flammenden Gerechtigkeitsgefühls und von hoher Sittlichkeit getragen, zusammen. Er verlangte von dem Reichsjustizminister, daß er in dieser größten sittlichen Angelegenheit weniger mehr als Diplomat, denn als Mannes des Rechts handle. Die bayerische Regierung hätte sich zu einer selbständigen Tat zur Begnadigung ohne Gnadengesuch aufraffen sollen. Entschließe sich aber Fechenbach doch zu einem Gnadengesuch, so werde es

keine Bitte um Gnade, sondern eine Forderung nach Recht

sein. Notwendig sei die Nachprüfung des Urteils auch bei den anderen Mitverurteilten. Was Radbruch gegen den unbezahlten Vertreter der bayerischen Regierung, den gehässigen Staatsanwalt Abg. Emminger sagte, war so vernichtend, daß dieser selbst die Rede unseres Genossen nicht anzuhören wagte und sich außerhalb des Saales aufhielt. Das ganze Haus begleitete den Vortrag Radbruchs mit großer Aufmerksamkeit. Unser Genosse verlangte, daß mit der Begnadigung Fechenbachs eine Feststellung seiner Unschuld einhergehe.

Mit Fechenbach sitze die Gerechtigkeit im Zuchthause.

Wenn die Befreiung der unschuldig Verurteilten nicht bald erfolge, dann könne dieser Prozeß für Deutschland das werden, was der Drehfus-Prozeß für Frankreich geworden ist, dann werde der Fall Fechenbach zu einem Prüfstein werden, an dem sich des alten und des neuen Deutschland Sauberkeit und Unsauberkeit des Gewissens und des Rechtsgefühls scheiden. Stürmischer Beifall der gesamten Linken dankte dem Redner.

Einstimmig angenommen wurde dann ein Zentrumsantrag, die Reichsregierung zu ersuchen, die Reform des Strafprozeßrechts möglichst zu beschleunigen, um dadurch die vollständige Rechtseinheit auf strafprozeßualem Gebiet für Deutschland herbeizuführen.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung führten die beiden parlamentarischen Vertreter der Deutschvölkischen Mordpartei eine kleine Komödie auf. v. Graefe verlangte eine große politische Aussprache im Reichstag unter Anwesenheit des Reichskanzlers und des Reichsministers des Aeußern. Genosse Müller erklärte ihm, die Sozialdemokratie habe schon zweimal im Aeltestenausschuß, ebenso von der Reichsregierung diese Aussprache verlangt, schon deshalb, weil man mit den völkischen Mördern abrechnen müsse, die der Deutschvölkischen Freiheitspartei nahestünden.

Vor den Parlamentsferien.

Der Aeltestenrat des Reichstag beschäftigte sich am Dienstag mit dem Verlangen der Sozialdemokratie nach Erörterung der Steuerfragen und der außen- und innenpolitischen Lage noch vor Beginn der Sommerferien. Es wurde beschlossen, die Gesetze über Aufwertung der indirekten Steuern am Donnerstag zu beraten. Zu diesem Punkt der Tagesordnung wird Genosse Hertz sprechen. Der keinen Zweifel darüber lassen dürfte, daß sich unsere Fraktion nicht eher mit einer Vertagung einverstanden erklären wird, als die Frage des wertbeständigen Lohnes eine endgültige Regelung gefunden hat. Ueber die Erörterung der innen- und außenpolitischen Lage werden die Fraktionsführer am Mittwoch mit der Regierung verhandeln. Am Donnerstag tritt der Aeltestenrat nochmals zusammen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob in dieser Woche noch eine außenpolitische Debatte stattfinden soll. Nach Beendigung dieser Debatte hofft man eine Vertagung vornehmen zu können, deren Dauer noch festgesetzt werden wird.

Preußischer Landtag.

Berlin, 3. Juli. (Sozialdem. Parl.-Dienst.)

Nach Ueberweisung zahlreicher Vorlagen an die in Frage kommenden Ausschüsse erfolgte die zweite Beratung des Moorschutzgesetzes, das nach längerer Aussprache im wesentlichen in der Ausschußfassung angenommen wurde. In zweiter und dritter Lesung angenommen wurde eine Vorlage, die die Bewilligung von 100 Millionen Mark zur Erschließung der Elbinsel Wilhelmsburg und für den Bau eines Kanals durch den Osteil der Insel vorsieht.

Die Münchener Meuchelmörder.

Ein nettes Brüderpaar.

München, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Erhebungen in dem Verfahren über die Ermordung des Studenten Karl Baur aus Bismar haben nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft außer der Festnahme des Studenten August Bengerer noch zur Verhaftung der beiden Brüder Johann und Ernst Berger aus München geführt. Es handelt sich um die Brüder Berger, geborene Deutsch-Böhmen, die im Hochverratsprozeß Fuchs-Rochhaus eine Rolle gespielt haben. Hans Berger gehörte bekanntlich zu den Angeklagten wegen Beihilfe zum Hochverrat. Beide Brüder sind Gründungsmitglieder und Hauptangehörige des Blücherbundes und entwickelten als solche eine große Aktivität. Die Verhaftung der beiden Brüder kommt überraschend, da die bisher bekannt gewordenen Zusammenhänge innerhalb der Münchener nationalaktiven Feme nach dieser Richtung bisher nicht die geringsten Anhaltspunkte gegeben hatten.

Münchener Rechtsgleichheit.

Die Beschwerde des Verlags der „Münchener Post" gegen das fünftägige Verbot (5. bis 10. Juni 1923) ist vom Oberlandesgericht abgewiesen worden. Bei dieser Entscheidung hat sich das Gericht auf den Standpunkt gestellt, daß in dem gegebenen Falle die Voraussetzungen für die Anwendung des § 1 der Notverordnung gegeben sind, d. h. die Mitteilungen aus Tirol über die strafbaren Rüstungen und Mobilisierungen der Rechtsbolschewisten in Bayern werden als eine Vorschubleistung an die Franzosen betrachtet. Das ist um so sonderbarer, als Mitteilungen gleichen Inhalts vorher in einer Innsbrucker Zeitung veröffentlicht waren, dem Auslande also durch die Veröffentlichung der „Münchener Post" gar nichts Neues gesagt wurde.

Anschluß an die „Kleine".

Graz, 4. Juli. Auf der bevorstehenden Konferenz der kleinen Entente in Sinaja wird offiziell bekanntgegeben werden, daß Polen sich der kleinen Entente anschließen werde. Die Frage des Anschlusses Griechenlands bleibt noch in der Schwebe.

„Die Walküre" im Stadttheater.

Wir hörten gestern im „Ring"-Zyklus „Die Walküre". Diese Oper darf zur Zeit als die populärste aus der Tetralogie bezeichnet werden. Wer im Ausland gelebt hat, der kennt die Verehrung für deutsche Musik, besonders für Wagner, die in allen Zonen von Jahr zu Jahr intensiver wird. So hat dieser Meister auch eine gewisse kosmopolitische Macht gewonnen, man darf behaupten, daß er im modernen Musikdrama die Welt beherrscht. Wenn man in früherer Zeit zur Popularisation Wagners oft Bruchstücke im Konzertsaal aufführte, war dies eigentlich nicht im Sinne des Meisters, der es wiederholt ausgesprochen hatte, daß in seinen Opern die Musik für sich „nichts" ist, nichts sein darf, sondern lediglich ihre Bedeutung aus Szene, Mimik und Sprache zusammen erhält. Auch sollte eine einzelne Szene aus dem musikalisch-dramatischen Organismus nicht herausgenommen werden.

Die gestrige Aufführung stand auf einer außergewöhnlich künstlerischen Höhe. Wir hörten dieses Werk vielleicht mit größeren Stimmen, aber kaum so gesangstechnisch ausgefeilt wie gestern. Da ist vor allem Frieda Leider von der Berliner Oper als Brünnhilde. Sie verblüfft schon mit dem „Walkürenanruf", den sie mit unnachahmlicher Frische und bewußtem Rhythmus bringt; die durchgeistigten Stellen bei der Todesverkündung, ebenso im dritten Bilde mit Wotan, weisen eine Modulationsfähigkeit im Ton auf, die jede Seelenregung widerspiegelt. Das Durchgeistigte des Vortrages wird durch den Goldklang dieser Stimme naturgemäß erhöht, das Spiel weist eine starke persönliche Note auf. Kammersänger Ritter aus Stuttgart sang den Siegmund mit warmer Empfindung und einem wohlgebildeten, dunkel timbrierten Tenor, dem man nur im oberen g—a, etwas mehr tenorale Schlagkraft gewünscht hätte; in den rein lyrischen Stellen wirkt er ganz prachtvoll, weil hier nicht physische Kraft, sondern die Seele den Klang seiner Töne bildet. Sein Spiel ist ganz besonders wertvoll, denn es lebt — ohne sich je vorzudrängen. Sehr impofant in Figur, Gesang und Spiel war der Wotan des Kammersängers Kronen aus Hannover. Mit der seltenen Gabe eines umfangreichen Baßbaritons von gediegener Schule, verbindet sich der Vorzug großer Würde in Ausdruck, eine eminente Textbehandlung und hoheitsvolle Gebärden. Der Abschied von Brünnhilde war meisterhaft in der Gliederung und Tongebung. Den Hunding sang Hans Müller aus Leipzig; sein prachtvoller pastoser Ton ist in allen Lagen von Kraft und Schönheit; Gesang und Darstellung ergänzen sich zu einer vortrefflichen Leistung. Von den keimischen Kräften steht Maria Gungel-Dworski mit ihrer Sieglinde im Vordergrunde; man lauschte auch hier ihrer so subtil kultivierten Sangesart und bewunderte das maßvoll-vornehme Spiel. Als Frida konnte Henriette Böhmer sich nicht in gewohnter Weise stimmlich entfalten, da ihr einiges scheinbar zu hoch liegt. Die Walküren hielten sich in ihren ungemein schwierigen Ensemblesätzen stets tapfer; auch spielten sie die Szenen sinnvoll belebt.

Die Bühnenbilder — Spielleitung August Roebler — waren wieder höchst sehenswert; beim Aufspringen der Türe durfte es etwas heller werden, man konnte vom ersten Ring aus die Personen kaum unterscheiden; der Abgang von Siegmund und Sieglinde beim ersten Aktschluß ist uns völlig neu. Die Bayreuther Nuance gefällt uns besser. Beim Auftreten Frickas fehlte der Widder-Wagen. Das letzte Bühnenbild würde bei anderer Beleuchtung sicher stilvoller wirken; es sah wie eine Schneelandschaft aus.

Mit bekannter Intelligenz hat Oscar Braun das interessante Gewebe der Walküre-Partitur durchschaut. Er brachte mit seinem Orchester volle, satte Klänge, daneben auch die allerfeinsten; sein rhythmisches Gefühl war überall eindringlich, seine Kunst, den Kontakt zwischen Bühne und Orchester aufrechtzuerhalten, ganz bewundernswert, zumal Gäste aus verschiedenen Städten mitwirkten.

Das ausverkaufte Haus schien sehr enthusiasmiert und spendete nach allen Akten Beifall von fast südlicher Glut. S. S.

•

Stadttheater. Die Festaufführungen von Wagners „Ringes der Nibelungen" haben mit der erfolgreichen Aufnahme von „Rheingold" und „Walküre" ihren Anfang genommen. Als drittes Werk des Zyklus geht am Donnerstag, dem 5. Juli, abends 7 Uhr, „Siegfried" in Szene. Der Zyklus schließt am Sonnabend, dem 7. Juli, mit „Götzendämmerung", die in der neuen Einstudierung bei der ersten Aufführung ungeteilten Beifall gefunden hat. Auch für die beiden letzten Werke des „Ring"-Zyklus sind die Hauptpartien hervorragende Gäste gewonnen. — Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr, gelangt das Lustspiel „2×2=5" zur Aufführung. Am Freitag und Sonntag wird die Operette „Eine Nacht in Venedig" von Johann Strauß wiederholt.

Das Kant-Grab. Nachdem eine erste Konkurrenz, an der sich namhafte Künstler des Reichs beteiligt hatten, zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hatte, ist bei einem zweiten Wettbewerb, an dem lediglich ostpreußische Architekten und Bildhauer Anteil hatten, endlich die Entscheidung gefallen. Die Ausführung des Kant-Grabes, das an Stelle des alten Stoa Kantiana errichtet werden soll, wird dem Architekten der Königsberger Kunstakademie Lahrs übertragen werden. Lahrs hat unmittelbar am Ende des hohen Domchors eine schlichte, offene Pfeilerhalle geplant, die nur durch ein Gittertwerk nach außen abgeschlossen ist. In der Mitte der Halle wird ein Sarkophag — auch dieser in den einfachsten Formen — zur Aufstellung gelangen. Dieser preisgekrönte Entwurf entspricht wohl nicht dem, was nicht nur Königberg, nicht nur Deutschland, sondern was überhaupt die ganze Welt von einer künstlerischen Gestaltung der Kantischen Begräbnisstätte erwartete. Aber im Rahmen der eingegangenen Entwürfe war er einer der besten.

Bücher und Schriften.

Friedrich Stahl, „Einführung in die Gesellschafts- und Staatskunde", Verlag Ferdinand Hirt in Breslau. Preis kartoniert 9025 Mk. — Das Werk ist ein im großen und ganzen vorzüglicher Führer durch die Staatsbürgerkunde. Die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Erscheinungen des Lebens erfahren eine nach Möglichkeit objektiver Auslegung. Die Weimarer Reichsverfassung ist mit besonderer Sorgfalt behandelt worden. Die schwächste Stelle des Werkes dürfte wohl das Kapitel über „Die sozialistischen Parteien" sein. Stahl unterscheidet dem Marxismus die Behauptung, daß „menschlicher Wille nichts ändern könne" an dem „Werdegange der Wirtschaft und der gesamten Kultur". Es scheint sich nicht, in einer sozialdemokratischen Zeitung auf diese schon zur Genüge widerlegte, höchst oberflächliche Auffassung des historischen Materialismus einzugehen. Auch sonst hat das Werk einige schwache Stellen, die allerdings durch seine Vorzüge als Leitfaden für ernsthaft Lernende reichlich wieder aufgewogen werden, weshalb seine Anschaffung nur empfohlen werden kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230704-19/fragment/page=0002

„Erfolge" der Arbeitsgemeinschaft.

Die Arbeitgeber sabotieren die Verhandlungen über die Einführungen eines gerechten Lohnes. — Das Euno-Rationen schaut bestätigt zu. — Und die Arbeiter?

Von unserem Berliner Bureau wird uns geschrieben

Nach gemeinsamer Beratung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten am Dienstagvormittag die Verhandlungen über die Einführung des wertbeständigen Lohnes zu Ende geführt werden. Am Dienstagvormittag erklärten die Arbeitgeber ganz unerwartet, daß sie am Dienstag keine Zeit hätten. In Wirklichkeit sind sich die Arbeitgeberverbände in der Behandlung der für die Arbeiterschaft so wichtigen Frage nicht einig. Die Reichsregierung sieht dieser Uneinsichtigkeit der Arbeitgeber nicht nur tatenlos zu, sondern übt sich in ganz hervorragender Weise in der gleichen Eigenschaft. Insbesondere das Finanzministerium, das an einer Regelung als Arbeitgeber wesentlichen Anteil hat, nimmt eine unklare Haltung ein, die sich beim Gesamtkabinett widerspiegelt. Ein stündiger Wechsel der Meinungen ist an der Tagesordnung, nichts verspürt man von einem positiven Willen, in der wichtigen Frage richtunggebend einzugreifen.

•

Die Herren Stinnes und Kompagnie haben keine Zeit, sich mit der brennendsten Frage, die die deutsche Arbeiterklasse bewegt, zu beschäftigen. Sie hoffen, in der bisherigen Weise durch Inszenierung erdärmlicher Verschleppungsmanöver zu ihrem Ziele zu gelangen, das darin besteht, die Verelendung der Schaffenden für alle Ewigkeit betreiben zu können. Daß dieser Zustand für Deutschland zur innen- und außenpolitischen Gefahr werden muß, liegt auf der Hand. Vom innenpolitischen Standpunkt aus wird sich die Arbeiterschaft die Unentschlossenheit auf seiten der Regierung und der Arbeitgeber nicht mehr lange ansehen. In außenpolitischer Hinsicht bedeutet das Verhalten der Regierung und der Arbeitgeber eine Zermürbung der Abwehrfront an der Ruhr. Der Blick der gesamten deutschen Arbeiterschaft ist auf das Ergebnis der Verhandlungen über die Wertbeständigkeit der Löhne gerichtet. Statt dem Rechnung zu tragen, ereifern sich die Arbeitgeber in Uneinigkeit, die regelmäßig zur Einigkeit wird, wenn es ans Steuerzahlen geht oder wenn es sich darum handelt, gegen die Arbeiterklasse neue Anschläge zu schmieden. Und die Bauaktragten der Großindustriellen, genannt Reichsregierung, schließt sich dem unerhörten Treiben durch systematische Tatenlosigkeit an.

Am Donnerstag will man Zeit haben.

Wie uns aus Berlin gedrahtet wird, sollen die Verhandlungen mit den Arbeitgebern nun am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers zu Ende geführt werden.

Berliner Produktenbörse.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 3. Juli.

Produkte	50 Kilogramm in Mark heute	50 Kilogramm in Mark †) Vortag	Produkte	50 Kilogramm in Mark †) heute	50 Kilogramm in Mark †) Vortag
Weizen, märk.	435—450000	430—435000	Leinsaat **)	ohne Ang.	ohne Ang.
„ pomm.	—	—	Viktoria-Erbsen	450—500000	450—500000
„ schles.	—	415—400000	Kl. Speise-Erbsen	375—425000	375—425000
Roggen, märk.	310—315000	310—315000	Futter-Erbsen	—	—
„ pomm.	307—312000	—	Gelbsenf	250—300000	250—300000
„ schles.	—	—	Ackerbohnen	—	—
„ weiße.	—	—	Wicken	—	—
Hafer, märk.	340—350000	—	Lupinen, blaue	750—850000	750—850000
„ Winter-	—	—	„ gelbe	300—350000	300—350000
Gerste, märk.	320—360000	320—360000	Seradella	—	—
„ Winter-	320—360000	320—360000	Rapskuchen	290—290000	290—300000
Mais loko Berlin	—	—	Leinkuchen	—	—
Weizenmehl	44—52000	44—52000	Trockenschnitzel	140—145000	140—150000
Roggenmehl *)	1300—1500000	1300—1350000	Vollmeer. Futter-	—	—
Weizenkleie	300—310000	300—310000	Kartoffel	180—200000	180—200000
Roggenkleie **)	290—300000	290—300000	Kartoffelflocken	310—330000	—
Raps **)	300—400000	290—300000	Lockmalzkeime	—	—
	ohne Ang.	ohne Ang.	Milch mg 30/70	—	—

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab Station.

Tendenz: Weizenmehl fest, Roggen befestigt, Gerste sehr fest, alles andere behauptet.

Amtliche Devisenkurse.

	2. Juli Mark (Gold)	1. Juli Mark (Gold)
1 holländischer Gulden	62845	62945
1 dänische Krone	27930	27830
1 italienische Lira	6962	6962
1 Pfund Sterling	721175	728175
1 Dollar	159600	159600
1 französischer Frank	9501	9501
1 Schweizer Frank	29079	29079
1 tschechische Krone	—	4817
1 polnische Mark	—	—
1 österreichische Krone	—	2,29

Genossenschaftliches.

Generalversammlung der GEG deutscher Konsumvereine

Im Anschluß an den 20. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Görlitz fand am 21. Juni die 29. Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine statt. Zu Beginn dieser Versammlung, die von 246 Vereinen mit 454 Stimmberechtigten beschickt war, während weitere 240 Delegierte ohne Stimmrecht anwesend waren, gab der Geschäftsführer Sverling den Geschäfts- und Jahresbericht. Für Vergleichszwecke sei unter heutigen Verhältnissen nur noch der Mengenverbrauch maßgebend. Während im ersten Quartal 1914 im Haushalt 42 Prozent des Einkommens für Lebensmittel aufgewendet wurden, waren es im ersten Quartal 1923 56 Prozent. Berücksichtigt ist der Rückgang des Mengenverbrauchs an Brot. Der Fleischverbrauch der Mitglieder ist im Berichtsjahr um 46 Prozent zurückgegangen und dürfte heute sogar auf 25 Prozent gesunken sein. Der Rückgang des Eierverbrauchs beträgt 19 Prozent, der Milch 15 Prozent. Im Verbrauch gestiegen sind Zucker und Margarine. Trotz aller Schwierigkeiten sei die GEG immer noch die beste Warenbezugsstelle. Nachdem Bästlein (Hamburg) den Revisionsbericht erstattet hatte, wurde ohne Aussprache die Jahresrechnung genehmigt und den Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Gleichfalls Genehmigung fand die vorgeschlagene Verteilung des Reingewinns. Die vorgeschlagene Erhöhung des Stammkapitals bis zu 1000 Millionen Mark wurde einstimmig beschlossen. Für die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder erfolgte Wiederwahl.

Im Anschluß tagte noch die 11. Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, auf der die Gesellschaften mit 607 Stimmberechtigten und 208 nichtstimmberechtigten Delegierten vertreten waren. Das Geschäftsjahr 1922, über das Bästlein berichtete, stellt erfreuliche Fortschritte fest. Die Jahresrechnung wurde genehmigt und der Geschäftsführung Entlastung erteilt; die Erhöhung des Stammkapitals bis zu 100 Millionen Mark wurde nach kurzer Begründung beschlossen, worauf die Tagung mit der Wahl der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder ihr Ende erreichte.

Der nächste Genossenschaftstag wird voraussichtlich in Ulm stattfinden.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Lohnkämpfe in der Reichshauptstadt.

Einstimmige Ablehnung des Schiedsspruchs. — Heute Beginn des Riesenstreiks in der Berliner Metallindustrie.

Der Reichsarbeitsminister hat zur Vermeidung des in Berlin drohenden Metallarbeiter-Streiks am Dienstag durch ein Sonderschiedsgericht einen neuen Schiedsspruch fällen lassen. Dieser Spruch legt für die Zeit vom 2. Juli bis einschließlich 8. Juli den Lohn in der Klasse I auf 9000 Mk. fest. Alle übrigen Klassen werden im gleichen Hundertsatz erhöht. Die Akkordarbeiter erhalten zu der Akkordbasis der Klasse I 8800 Mk., einen festen Stundenzuschlag in der Höhe der Differenz zwischen Akkordbasis und dem Höchstlohn der Klasse I. Die Familienzuschläge sind für die Ehefrau 200 Mk. pro Stunde, für jedes Kind unter 14 Jahren 500 Mk. pro Stunde. Für die Zeit vom 24. Juni bis einschließlich 1. Juli wird auf den Schiedsspruch, der in der Klasse I einen Lohn von 6600 Mk. zubilligte, den Arbeitern sofortein Vorschuß ausgezahlt. Die Arbeiter über 21 Jahre sollen 40 000 Mk. und die Arbeiterinnen und Arbeiter von 18 bis 21 Jahren einen Vorschuß von 30 000 Mk. erhalten. Dieser Vorschuß wird nicht zurückgezahlt.

Die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben nach einem uns vorliegenden Wolff-Meldung am Dienstagabend in einer Versammlung einstimmig beschlossen, den gestern im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch abzulehnen und die Ortsverwaltung zu beauftragen, unverzüglich die nötigen Streikmaßnahmen zu treffen. Da eine weitere Urabstimmung nach diesem Beschluß der Funktionäre nicht mehr stattfinden wird, dürfte der Streik im Laufe des heutigen Tages ausbrechen

Streik in der Berliner Holz- und Bauindustrie.

In Berlin befinden sich schon seit mehreren Tagen die Holzarbeiter im Streik, ohne daß bisher an eine Beilegung des Ausstandes gedacht werden kann. Am Mittwoch werden die Berliner Zimmerer und Bauarbeiter infolge unerfüllter Lohnforderungen ebenfalls in den Ausstand treten. Es ist an der Zeit, daß sich endlich der Reichsarbeitsminister um diese Streikangelegenheiten bekümmert. Aber selbst wenn die Ausstände beigelegt werden, wird erst dann Beruhigung innerhalb der Arbeiterschaft eintreten, wenn die Frage der wertbeständigen Löhne ihre endgültige Regelung gefunden hat.

Berlin, 4. Juli. (WTB.) Die Zimmerer des Berliner Baugewerbes haben gleichfalls für heute die Einstellung der Arbeit beschlossen. Unter den übrigen Bauarbeitern findet heute eine Urabstimmung über den Streik statt.

Der Streik der Transportarbeiter in Essen, der bei einigen Tagen ausgebrochen ist, ist am Dienstag beigelegt worden. Die Arbeitgeber haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt, nachdem sie vor Ausbruch des Streiks jede Zulage abgelehnt hatten.

Verbot des Korrespondenzblattes des ADGB. Die Rheinlandkommission hat das Korrespondenzblatt auf drei Monate für die französische und die belgische Zone des altbesetzten Gebietes verboten. Was den Zorn der Kommission erregt hat, ist unbekannt.

London, 4. Juli. (WTB.) In einer Anzahl von Hafenstädten ist ein Streik der Dockarbeiter ausgebrochen. In London sind 6000 Arbeiter im Ausstand.

Aus aller Welt.

Furchtbare Eisenbahnkatastrophe.

Dreißig Tote bei einem rumänischen Zugunglück.

Am Montagvormittag stieß bei Bugau in Rumänien der Bukarester Schnellzug auf einen Güterzug. Bisher wurden dreißig Tote und über siebzig Verletzte festgestellt.

Einbruch in Lehmanns Sterbezimmer.

Das offiziöse Depeschenbureau verbreitete dieser Tage die für jeden Hohenzollernanbeter schmerzliche Kunde, daß in das Sterbezimmer Kaiser Wilhelms I. eingebrochen worden sei. Die fieberhaft betriebenen Nachforschungen der Berliner Kriminalpolizei haben ergeben, daß die Tat seit längerer Zeit vorbereitet war und daß die Täter über die Lage und die Einrichtung des Sterbezimmers und der anstoßenden Gemächer genau unterrichtet waren. Außer einem mit Perlen besetzten Griff sind noch aus einem kleinen Raum, der sogenannten Kapelle, mehrere Alsangeräte gestohlen worden, die bei der „Vorbereitung" Wilhelms I. zur Versammlung bei seinen Ahnen benutzt worden waren. Außerdem fehlen drei Spazierstöcke und ein Bild der Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, das in dem Zimmer hing.

Die Kupplerin mit der „Nichte".

Die Tochter einer Hamburger Beamtenfamilie, die jetzt 21jährige Johanna H., war ihren Eltern nach Berlin durchgebrannt und dort in die Hände der „Pensionsinhaberin" Ida Steinmaus gerateten, die das hübsche Kind mit offenen Armen aufnahm, ihr zunächst freie Wohnung und Beköstigung gewährte, dann aber ihren Schützling als Backfischausstafferte und mit ausgekämmten Haaren das Aussehen einer Sechzehnjährigen zu geben suchte. Beide besuchten nun abends Weinlokale und knüpften die Bekanntschaft älterer Herren an, denen Johanna als junge Nichte vorgestellt wurde, die nur ausnahmsweise einmal länger aufbleiben dürfe, weil gerade ihr Geburtstag sei. Die Geburtstagsfeier wurde nach der Polizeistunde in der Pension Steinmaus fortgesetzt, an die sich das übrige anschloß. Meistens waren es verheiratete Männer, die sich für die „Nichte" interessierten. Aber leider machten sie am anderen Morgen die Entdeckung: daß sie bestohlen waren, und wenn sie Krach schlugen, „beschwichtigte sie Frau Steinmaus mit dem Hinweis, daß sich für das nächtliche Abenteuer wohl nicht nur die Polizei, sondern auch die Ehefrau interessieren werde. Drangen die Bestohlenen trotzdem auf polizeiliche Feststellung, so hatte Frau Steinmaus Verbrecher und Zuhälter zur Hand, die den „Kriminalbeamten" mimten. Ein Hamburger Juwelier, dem nach einer Liebesnacht die goldene Uhr, wertvoller Schmuck und die wohlgefüllte Brieftasche fehlten, erstattete schließlich an der richtigen Stelle Anzeige und Frau Steinmaus mußte nun mit der hübschen Ida sich vor dem Berliner Schöffengericht verantworten, wobei das Leben und Treiben in ihrem Kuppelquartier aufgedeckt wurde. Wegen gemeinschaftlichen Diebstahls wurden Frau Steinmaus zu drei Jahren, die H. zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Granaten im Gußofen. In der Eisengießerei von Adolf Weidner in Leipzig-Lindenau ereignete sich eine schwere Explosion. Einer der Gießöfen war mit Eisen, darunter Granaten, die aus alten Heeresbeständen stammten, beschickt worden. Plötzlich erfolgte unter donnerähnlichem Knall eine Explosion. Ein großes Stück Mauerwerk der Gießerhalle, sowie der Gießofen wurden stark beschädigt. Ein Ofenarbeiter, der sich in der Nähe befand, wurde an den Beinen verletzt. Eine Untersuchung hat ergeben, daß noch weitere sechs oder sieben Granaten mit Sprengstoff gefüllt waren.

Verantwortlich für: Politik und Wirtschaft: i. V. Gottlieb Kaparek; für Feuilleton, Genossenschaftliches und Lokales: Herm. Lange; für Gewerkschaftliches: Gottl. Kaparek; für Proving und Sport: i. V. Karl Garbe; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle, Harz 49/44.

Unreinigkeiten im Blut

sollte jeder schnellstens beseitigen. Wir raten Ihnen, 30 g Herbez-Kerne zu kaufen, wovon Sie nach Bedarf 1—2 Stück nehmen. Sicher erhältlich: Löwen-Apotheke, am Markt, und Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6. 1941

Schiffbruch.

Roman von Margarete Schnitzler.

(Nachdruck verboten.)

Einmal fragte Gesine Julchen Kahn: „Sag' mal, Julchen, was empfindest du eigentlich, wenn du deinen Siegfried küßt?"

„Gar nichts," bekannte Julchen ehrlich. „Aber bei deinem Raoul, da war es anders, ja?"

„Jaaa —" sagte die Freundin langsam, und ihre braunen Augen brannten plötzlich wieder wie ein paar Illuminationskerzen, „da war es ganz anders."

„Aber sag mal, direkt unangenehm ist dir dein Bräutigam doch nicht?"

Julchen wand sich um die Beantwortung dieser Frage ein bißchen herum. „Nö — unangenehm nicht, das bestimmt nicht. Ueberhaupt, ich mache immer die Augen zu, weißt du, und dann denke ich, es ist Raoul, der mich küßt, na, und dann ist es doch bestimmt nicht unangenehm."

„Das scheinen also alle zu machen," dachte Gesine.

„Uebrigens," fuhr Julchen belehrend fort, „Mama sagt, daß die Küsserei in der Ehe bald aufhört. Das ist bloß so die erste Zeit. Rachher soll sich das geben. Dann hat der Mann Geschäftsärger und ist müde und dann schimpft er bloß."

„Aber —" Gesine brachte es zaghaft und ganz leise hervor — „wenn nun Kinder kommen sollen?"

„Ach," sagte Julchen mit wegwerfender Handbewegung, „dann ist es ja dunkel."

Das beruhigte Gesine sehr.

Julchen war übrigens die einzige, die der Freundin die gute Partie aus ehrlichstem Herzen gönnte. Ja, sie nahm einen Teil davon, daß sie zustande gekommen, für sich in Anspruch. „Wenn ich nicht mit gutem Beispiel vorangegangen wäre," brüstete sie sich, „so hocktest du heute noch an der Schreibmaschine."

„Das ist sehr leicht möglich," gab Gesine zu.

Zu den Aussteuer-Besorgungen wurde als Sachverständige Winchen Rzblaff hinzugezogen, eine kleine, buckelige Schneiderin, die bisher die armseligen Sachen zurechtgeschneidert hatte, welche die Brandes trugen. Sie war eilfertig angehebt gekommen, als sie von Gesines glorreicher Verlobung erfuhr, und hatte ihre Dienste angeboten. Sie wollte doch auch einen Zipfel von all dem Glanz und Reichtum erwischen, und Gesine nahm Winchens Anerbieten gutmütig an, wohl wissend, daß die kleine Person, außer dem Dank für ihre Aufopferung, auch eine Menge Progente von den Geschäftsleuten verdiente. Außerdem aber war der Stoff, der sich aus dieser Angelegenheit für Winchens Erzählertalent bot, unbezahlbar. Denn in der ganzen Stadt gab es wohl kaum einen Menschen, der ein geschäftigeres Mundwerk hatte wie sie, und schöpfte aus diesem Grunde war sie bei den kleinen Leuten sehr geschätzt.

So erzählte sie auch jetzt überall von dem Glück des Hauses Brandes, und wenn einer dagegen zweifelnd fragte: „Hei, Mänckebrodt, de supt ja woll?" Dann brach sie in schrille Entrüstungsrufe aus: „Det — un supen? Jott bewahr mich! Abend für Abend sitt hei bi sine Brut und bringt een Glas Bier."

„Hei schall doch awerst tn'n „Goldenen Anker" jeden Dag buhn weil sin."

„Dat is neberträchtiger Klatsch." Winchens Stimme überschlug sich förmlich. „Wil dat hei mit Herr Brandesen gut Fründ wor, un dei nischt derbragen dät, deswegen brukt Herr Mänckebrodten doch noch lang nich kein Söffel to sin. Ree, da möt ick sihr gegen protestieren."

In der Tat, Mänckebrodt kam nur noch vorübergehend in den „Goldenen Anker". Es war ihm selbst recht schmerzlich, das stimmte schon. Aber die Sehnsucht nach Gesine wurde doch größer wie die Lockung des Stammtisches. Nachher, wenn er erst heiratet sein würde und seine Frau den ganzen Tag um sich haben konnte, dann würde er das verlorengegangene Quantum bald wieder eingeholt haben.

Der Tag der Hochzeit war auf den 8. August festgesetzt, und Mänckebrodt dachte mit einer wahren Erlösung daran, daß er endlich in seine gewohnte Ruhe kommen würde. So recht im Grunde war er seiner Verlobung nie froh geworden. Immer hatte Gesine Vorwände, sich seinen Zärtlichkeiten zu entziehen, und die ewige Gegenwart der Mutter und das allzeit unvermutete Auftauchen eines der Kinder waren ihm allmählich sehr lästig geworden. Es war vorgekommen, daß er sämtliche Familienmitglieder mit so groben Worten angefahren hatte, daß sie ganz bestürzt wurden und Gesine ihn mit schreckerstarrten Augen und empört geschürztem Munde ansah.

Dann bedachte er sich und machte seine Brutalität durch verdoppelte Freundlichkeit gut, schenkte den Kindern Geld und steckte Luisen einen Extra-Hundertmarkschein zu. Aber er fühlte wohl, daß Gesine ihm nach solchen Vorfällen entglitt und daß sie sich ihm eigentlich mehr entfremdete als ihm entgegenstrebte. So war es auch. Im Innersten ihres Herzens litt Gesine tief unter diesem Manne. Instinktiv fühlte sie seine Robheit, seinen Egoismus und die Fadenscheinigkeit seiner äußeren Manieren. Und gegen seine Verliebtheit empfand sie mit der Länge der Zeit einen dementsprechend zunehmenden Widerwillen. Fast zerriß sie sich in Zweifeln, was sie tun solle. Ob sie den Mann wirklich heiraten oder im letzten Augenblick zurücktreten sollte. Wenn sie dann aber die Ihrigen ansah, die ordentlich gekleideten, gutgenährten Kinder und der allem ihre Mutter, deren eingefallene Wangen anfingen, sich wieder ein wenig zu runden, deren verhetztes, müdes Gesicht jetzt den Ausdruck einer stillen Zufriedenheit trug, die sich eine Stundentraum für die größten Arbeiten halten konnte, und die nicht mehr Abend für Abend vor der kleinen Schachtel sitzen zu brauchte, in der das bißchen Geld war, um zu rechnen — — dann sah Gesine ein, daß es unmöglich für sie war, dies alles mit einem „Nein" zu zerstören. Es half eben nichts. Sie mußte schon die Zähne zusammenbeißen und den Weg gehen, der den Ihrigen die Zukunft sicherte. Manchmal war sie drauf und dran, der Mutter ihre innere Zerrissenheit zu offenbaren, aber Luise hatte eine so eigene Art, eine Miene aufzusetzen, die nicht sehen und verstehen wollte, daß das Mädchen seinen Vorsatz verzweifelt aufgab.

Wenn dann nach und nach die schönen Kunstsachen abgeliefert wurden, das Brautgewand aus mattem Krepe be chine und die hübschen Kleider für Mutter und Geschwister, denen bezogen Gesine wohl alle Angst und Not ihrer Seele und freute sich mit weiblicher Eitelkeit über die Pracht, die sie in ihrem bisherigen Leben kaum gekannt hatte. Und wenn sie mit der Mutter die schöne Wäsche in die Schränke der neuen Schlafzimmer-Einrichtung einräumte und bewundernd durch die mit kalter Pracht eingerichteten Räume der Mänckebrodtschen Wohnung ging, dann überkam sie sogar ein gewisser Stolz, daß ihr das alles gehören sollte und sie darin schalten und walten könne, wie sie wollte.

Denn die Petersen ging am 1. Oktober, diese Person mit der übertriebenen Höflichkeit und einem steten, hämischen Grinsen dazu, mußte aus dem Hause, das hatte Gesine durchgesetzt, obgleich Mänckebrodt sie aus Bequemlichkeitsgründen gerne behalten hätte, denn er traute den wirtschaftlichen Erziehungen seiner Braut nicht recht. So blieb die Petersen, bis die neue Köchin, die nun antrat, angelernt worden war. Wie Herr Mänckebrodt das Bestreat liebte und das Gänseschwarzsauer, die Bierfische und das Hammelragout. Und bis das neue junge Stubenmädchen lernt hatte, wo und wie die Filzpantoffeln vom Herrn zu stehen hatten, wie heiß das Rasierwasser sein mußte, und daß auf dem Nachttisch stets ein Aschenbecher zu stehen hatte, weil der Herr auch abends im Bett noch rauchte.

Ja, es gab viel zu bedenken.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230704-19/fragment/page=0003

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg
Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44, Hintergebäude, 2 Treppen :: Fernruf 1029

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

VSPD. - Metallarbeiter. Freitag, 1/8 Uhr, im „Volkspark" (Rauchzimmer): Fraktionssitzung.

Jungsozialisten. Mittwoch, den 4. Juli, Aussprachebend im Jugendheim Weidenplan 20. Wir beginnen pünktlich 8 Uhr.

Frauengruppe. Mittwoch, den 4. Juli, abends 1/8 Uhr, im Volkspark (Rauchzimmer): Monatsversammlung. Genosse Schulz: „Die Genossenschaftsbewegung als Arbeitsgebiet der Frau". Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Arbeiterwohlfahrtsausschuß. Unsere nächste Sitzung findet Mittwoch, den 4. Juli, abends 7 Uhr (vor der Frauengruppenversammlung, im selben Lokale) statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Ferienwanderungen. 2. Verschiedenes.

SAJ. Am 11. und 12. August findet in Nürnberg unser Reichstagentag statt. Um den letzteren zu einer Kundgebung zu machen, die unserer Stärke entspricht, ist größtmöglichste Beteiligung erforderlich. Der Teilnehmerbeitrag beträgt für Mitglieder unter 18 Jahren 750 Mk., über 18 Jahre 3000 Mk. Da die Einzeichnungsliste Sonnabend, den 7. Juli, geschlossen wird, muß die Einzeichnung bis zu diesem Tage bei der Gen. Bauer erfolgt sein.

— Heute abend treffen sich um 7 Uhr die Genossen zur Volksratsprobe sowie alle Musiker vor dem Gewerkschaftshaus.

Nietleben. Mittwoch, den 4. Juli 1923, abends 8 Uhr, im Lokal der Witwe Schmidt: Mitgliederversammlung. Genosse Petersdorff-Halle spricht über das Thema: Die Sozialdemokratie einst und jetzt. Erscheinen aller Genossen mit Frauen ist unbedingt notwendig.

Delitzsch. Jungsozialisten. Mittwoch, den 4. Juli 1923, in „Stadt Berlin": Aussprachebend. Nummer 6 der Jungsozialistischen Blätter mitbringen. Genossen erscheint alle pünktlich 8 Uhr.

Liebenwerda. Freitag, den 6. Juli, abends 8 Uhr, in der „Kaiserkrone" Monatsversammlung mit wichtiger Tagesordnung.

Merseburg. Sonnabend, den 7. Juli, abends 8 Uhr, Weißenfelser Str. 6 Funktionärsitzung. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht.

Achtung! Hausfrauen! Achtung!
Reparaturen mit Original-Topf-dicht
an Emaille-, Aluminium- und Eisengeschirr führt sauber aus: **W. Deparade, Taubenstr. 6**

Stadt-Theater.
Donnerstag, abds. 7 Uhr:
Siegfried
Freitag: 1945
Eine Nacht in Venedig

Walhalla-Lichtspiel-Theater.
Gastspiel der Leipziger Seidel-Sänger
täglich 6.30 u. 7.50.

ZOO
Morgen, Donnerstag, 6 Uhr abends:
Konzert

Wittekind
Heute, Mittwoch, 4. Juli 4 Uhr: Konzert
1/8 Uhr: Konzert

Nationalkassen
neu u. gebraucht m. Fabrikgarant. und 1946
hoher Tastatur
Alleinvertreter
B. H. Zimmer
Fernspr. 3124.
Alte Promenade 38 (a. d. Hauptpost).
Rückkauf und Umtausch.

Junger Mann j. einf. Schlafst. Angeb. u. V. H. 19 a. d. Verl.

Privat! Herren- u. Damengarderobe, Wäsche, Möbel, Teppiche usw. kauft ständig
Hackemesser,
Marktstraße 12, II.

Grude-Ofen
in allen Preislagen
Aug. Domke,
Halle, Taubenstraße 9. Fabrik f. Blecharbeit, Reparaturen. 1672

Strümpfe
neu und anstricken
Winterstich, Oberstrasse 2.

1764
Rennen in Halle
Sonntag, d. 8. Juli, nachmittags 3 Uhr:
Flach- und Hindernisrennen
Gesamtpreise: 35 Millionen.

Volkspark.
Freitag, den 6. Juli, abends:
Großes Doppelkonzert.
1944

Balda
die Schokolade der Feinschmecker.
Generalvertreter: Willy Bulgt (formals Bachran & Co.), Markt 9, gegenüber der „Börse". 1930

Druckaufträge
jeder Art übernimmt und liefert schnell und sauber
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Aufklärende Broschüre
Geschlechts-
leiden
ihre Erkennung u. Heilung, ohne zu spritzen. Timms Kräuterkuren u. ihre Wirk. Ohne Berufsstörung. Ohne Salvarsan u. Quecksilbersprite. Durch Blutprob. bestätigt, viele Dankschr. Vers. geg. Einsend. v. 450 Mk. Dr. C. L. Rauciser, med. Verl. Hannover, Odeonstraße 8. 2112

Arbeitsmarkt
Maurer
werden sofort eingestellt. Zu melden
Grube Alwiner Verein bei Bruckdorf
bei Peter Pänschel dortselbst, 1947
oder nach 5 Uhr, Pfännerhöhe 27.

Ja für Sternwolle
in allen Qualitäten und Farben
sowie sämtliche
Weiß- u. Wollwaren
Barchent-Hemden
Trikotagen
Arbeits-, Militär- und Manchester Hosen
Damenwäsche, reinwollene Strümpfe, und Socken, Schlafdecken
billig bei 1408
LIPPER, Magdeburger Straße 25, am Walhalle.

Wer
nicht in unserer Zeitung inseriert,
verzichtet auf die Kundschaft
ihres Lesertreises!
Von diesem Gesichtspunkte sollten sich unsere Genossen und Genossinnen bei Einkäufen stets leiten lassen und nur unsere gegenwärtigen Inserenten berücksichtigen
Unterstützt eure Presse!

Wie der Kapitalismus entstand
Ein Abriß der Entstehung und Wirkung des Kapitalismus und die Wege zu seiner Beseitigung
von
Dr. Walter Dietzel
Preis 9000 Mark und 300 Mark Porto
Vorherige Einsendung und Bestellung durch Zahlkarte erwünscht.
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27.

Volksblatt-
Bilderbücher
Jugendschriften
Märchenbücher
Buchhandlung

Halt!
Kleine Anzeigen
wie: Kauf-Gesuche und Angebote, Vermietungen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets guten Erfolg!

Schuhputz
Nigrin
erhält das Leder weich.
1948

Mauersberger
reinigt und färbt
Damen-, Kinder-Garderobe usw.
sorgfältig und gut.
Leipziger Str. 66, Geiststr. 15
Gr. Steinstrasse 1-2 u. 36
Steinweg 27. 1667

Ei wie fein!
Ronne
Fleischerstr. 40 (Laden)
kauft alte Garderobe ein. Möbel auch, na ba stimmts, da haben wir wenigstens wieder Bims.
1950

An unsere Literatur-Bezieher!
Die Broschüre:
„Erlösung von der Schwangerschaft",
(Ratgeber für Eheleute)
von **Luise Otto**
ist **vorläufig vergriffen.** Bis zur Fertigstellung der Neuauflage wird noch einige Zeit vergehen. Zahlreiche Bestellungen sind vorgemerkt und bitten wir die Besteller um ein wenig Geduld.
Volksblatt-Buchhandlung,
Gr. Ulrichstrasse 27.

Friedrich Arnold
Halle a. S.
Gr. Ulrichstr. 10
Teppiche usw.
Linoleum
Linker-Wachstuch
Decken aller Art
Kokosläufer-Matten
Polster-Möbelstoffe

Königs-Drogerie Inhaber: Erich Freyer
Lindenstrasse 55, Telephon 4910

Möbel-Pollak
Große Ulrichstraße 3

Ernst Ochse
Leipziger Strasse 95
Kaffee .·. Tee .·. Kolonialwaren

Berufskleidung
wie Arbeitshosen jed. Art, blaue Schlosserjacken und -hosen, Waschjoppen offen u. geschlossen, Khaki-Joppen, Loden-Joppen, gestreifte Weghosen kaufen Sie stets zu günstigen Preisen in nur guten haltbaren Qualitäten bei
Otto Knoll Nachf.
Leipziger Straße 36

Korn & Zöllner, Brüderstr. 13
Eisenwaren — Werkzeuge

Most
eine gute deutsche Schokolade

Kaufen Sie im
Weiß- und Wollwaren-Haus
Markt 6.

Pichler
Fernspr. 5683 Halle a. S. Bismarckstr. 28
Konfitüren- und Zuckerwaren-Fabrik.
Spezialität:
Gefüllte Schokolade.

O. L. Schönleben
Inh.: J. Haak
Vertr. d. Homöopathie
Halle, Forsterstr. 34 p.
Sprechst.: wochentags 8—11 u. 3—5 Uhr
Sonnabend geschlossen
Sonntags nur von 8—11 Uhr.

Dürerhaus Halle (Saale) Beraburger Str. 16 Kunstgewbl. Geschenkartik.

Halloren-Kautabak Hallisch. Tabakmanufaktur Halle a. d. S., Kl. Klausstr. 14.

W. Brackebusch :: Herrenmoden

Geschäftliche Rundschau u. Dauer-Fahrplan (Musterschutz).

Abfahrt nach (Ohne Gewähr.)
Thüringen: 126, 421 (Mücheln), 452, 535, 548, 604 W (Mücheln.), E 620 bis 30. 9., 707 W (Rössen), 750, D 1005, D 1022, 1028, D 1126 bis 15. 9., 1229 (Mücheln.), D 1252, 115, D 204, 222, D 433, 440 W (Mücheln), 503 W, 514, 620, D 825, 832 (Mücheln), 921, D 923, D 1022, 1012, D 1101, D 1117, D 1132, 1140.
Berlin: 126, 407 W, D 442, D 512, D 526, 537, D 604, D 648, D 658, 710, E 842, 1055, 205, D 248, D 418 Juli/Aug., 531, 554, D 700 bis 15. 9., D 803, D 826, 1047.
Sagan: E 700, 745, 1105, D 282, 314 W, 602, 1118.

Ankunft von (Ohne Gewähr.)
Thüringen: 101, D 434, 456, D 586, D 529, 604, D 628, D 642, D 652, 705, 739, 804 W, E 830, 909, 1014, 1044 (v. Mücheln.), 128, 230 Sb. (v. Rössen.), D 242, 308 W, 331, 349 (v. Mücheln.), D 412 Juli/Aug., 507 W (v. Mücheln.), 517, D 525 Mo./Fr., 612 (v. Rössen.), D 654, 724 W (v. Mücheln.), D 802, 820, 958, E 1032 bis 30. 9., 1107, 1144 (v. Mücheln.).
Berlin: E 118, 416, 731, 947, D 989, D 1014, D 1118, D 1246, 144, D 158 Juli/Aug., D 427, 509 W, 602, E 743, D 819, D 919, 937, D 922, D 1025, D 1111, D 1127.
Sagan: 630, 1100, D 1245, 362 W, 907, E 1020, 1145.

Kaufe bei J. LEWIN

Lederausschnitt - Schuhmacherbedarfsartikel
Arno Naundorf
Mittelstraße 1.

R. Adam, Brüderstr. 2
Spirituosen - Weine
Fr. Günther jun. Kiesstr. Wettel. Belgerd. Leipzigerstr. 8, Tel. 5060

Damen-Strümpfe, Herren-Socken, Leib- und Bettwäsche jeder Art, Einsatz- und Barchenthemden, Schürzen und Wollwaren
kaufen Sie stets am billigsten
im Wäsche- und Wollwaren-Lager
E. Wagenberg
Große Ulrichstraße 28 — — Ecke Jägergasse

Leonhardt & Schlesinger Große Ulrichstr. 13-15
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte

Spül-Apparate
Douchen, Clysos Spritzen, Irrigaten Spülmittel. 1185
Damenbinden und Gürtel. Bedarfsartikel f. Wochenbett und Krankenpflege.
C. Klappenbach
Gr. Ulrichstr. 41

Naht- und nagellose Besohlungen
Material: Gollert und Hartha, Spezial-Sohlen oder Kernleder. Kleinverkauf von Gummisohlen, Absätze, Absatz-Kitt, Pressen
Hartmann & Hansen
Werkstätten für nagellose Patentbesohlungen
Talamtstraße 6, Kl. Ulrichstraße 8, Mansfelder Straße 4.

Pelzhaus Rosenberg
Spezial-Etagengeschäft
Gr. Ulrichstr. 6-8, (im Hause Wollmer)

Berliner Bekleidungs-Industrie
After Markt 3
Beste u. billigste Bezugsquelle für Herrengarderobe u. Berufskleidung

Roßschlächterei
Karl Böhlert
Halle a. S., Clearinstr. 3, Telephon 3993
Ammendorf, Hauptstr. 28, Telephon 29
empfiehlt täglich:
Prima Fleisch- u. Wurstwaren
ist bekannter Güte
Schlachtpferde werden zu Tagespreisen jederzeit gekauft

Bruno Pretzsch, Neritzzwinger.
Drogen - Farben - Chemikalien - Waschartikel.

Sporthaus
Julius Bacher
Herrenartikel: Trikotagen

Hugo Nehab Nachf.
Grosse Ulrichstrasse 3
Gummiwaren :: Wachstuche :: Linoleum.

Raucht Zetko Gold
In Qualität unerreichbar!
Mitteldeutsche Zigaretten-Fabrik
Aktien-Gesellschaft.

Wiener Hut-Bazar
Schmeerstrasse 14
Herren-Hüte und Mützen :: Herrenartikel

Herm. Wagner, Reilstr. 4
Uhren und Goldwaren
Fachmännische Beratung beim Verkauf von Gold und Silber.

Abramowitz & Co., Wäschefabrik
Gr. Ulrichstr. 12 Halle a. S. Telephon 6060
Oberhemden :: Bettwäsche
Günstige Einkaufsgelegenheit für Detaillisten und Grossisten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230704-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 4. Juli 1923.

Jugendgericht und Kirche.

Die Gefahren der Ausführungsbestimmungen zum Jugendgerichtsgesetz.

Der preußische Justizminister veröffentlicht in einer allgemeinen Verfügung zum Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1923 eine Reihe von Ausführungsbestimmungen sowie anderen Vorschriften, aus denen der Amtliche Preußische Pressedienst Nachstehendes mitteilt:

Die Zuständigkeit des Jugendgerichts und des Jugendrichters in Strafsachen umfaßt auch das Verfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen und das gerichtliche Verfahren nach vorangegangener polizeilicher Strafverfügung und bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben usw. Wird gegen eine Person, die zur Zeit der Tat das 18. Lebensjahr nicht vollendet hatte, wegen eines Verbrechens, wegen eines Vergehens oder wegen einer Uebertretung gegen § 361 Nr. 3 bis 8 StrGB. die öffentliche Klage erhoben, so sind bei dem Amtsgericht, das für den Angeschuldigten zuständiges Vormundschaftsgericht ist, die Geschäfte des Vormundschaftsrichters von dem Jugendrichter zu bearbeiten, auch wenn die Klage nicht bei dem Jugendgericht, sondern bei einer anderen Abteilung des Amtsgerichts oder bei einem anderen Gericht erhoben wird. Hat das Strafverfahren die Unschuld des Beschuldigten ergeben oder ergetan, daß gegen ihn ein begründeter Verdacht nicht vorliegt, so geht die Bearbeitung der vormundschaftsgerichtlichen Geschäfte wieder auf den ordentlichen Vormundschaftsrichter über.

Die in erster Instanz anhängigen Strafsachen sind, wenn sämtliche Beschuldigte am 1. Juli 1923 noch jugendlich waren, von dem Gerichte, bei dem sie anhängig sind, an die Staatsanwaltschaft abzugeben. Die Staatsanwaltschaft beantragte bei dem zuständigen Jugendgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens usw. die Anberaumung der Hauptverhandlung.

Bis zum Inkrafttreten des Jugendwohlfahrtsgesetzes kann eine Schutzaufsicht nach dessen Vorschriften nicht angeordnet werden. Der Zweck der Schutzaufsicht ist aber schon jetzt in der Weise zu erreichen, daß dem Verurteilten als besondere Verpflichtung auferlegt wird,

sich dem Schutze einer bestimmten Person oder Vereinigung zu unterstellen.

Die Erhebung der öffentlichen Anklage gegen Personen, die zur Zeit der Tat jugendlich waren, zur Zeit der Anklageerhebung aber nicht mehr jugendlich, jedoch noch nicht 21 Jahre alt sind, hat grundsätzlich bei dem Jugendgerichte zu erfolgen, wenn nach den persönlichen Verhältnissen des Beschuldigten Erziehungsmaßregeln noch angezeigt und nicht aussichtslos erscheinen und wenn anzunehmen ist, daß das Verfahren vor der Vollendung des 21. Lebensjahres beendet werden wird.

Am Ende der Verfügung weist der Minister auf die Entschließung des Reichstags hin, in der es hieß, „es möchten für das Amt des Jugendrichters, wie überhaupt für das Amt des Strafrichters gerade

die bestbefähigten Richter herangezogen

werden", und schließt sich der hierin zum Ausdruck gebrachten Ueberzeugung an, daß das Amt des Jugendrichters besondere Veranlagung und Liebe zur Sache erfordere, und daß für die Arbeit an der Jugend die tüchtigsten Kräfte Verwendung finden müßten. Den beteiligten Justizbehörden gegenüber wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sie sich bei der Auswahl der Jugendrichter der Bedeutung dieses richterlichen Amtes bewußt sein werden.

•

Daß an die Stelle der Strafe wenigens bei Jugendlichen die Erziehung tritt, ist in einem Staatswesen, wie das unsere eins zu sein vorgibt, eine Selbstverständlichkeit. Die Erziehungs- und Ueberwachungsarbeit kann auch unmöglich von der Behörde selbst ausgeführt, sondern muß zuverlässigen Personen anvertraut werden. Eine schwere Gefahr entsteht jedoch aus der Bestimmung, daß der Verurteilte „sich dem Schutze einer bestimmten Person oder Vereinigung zu unterstellen" hat. Es ist bekannt, daß die Gefängnis- und Fürsorgevereine mehr oder minder unter kirchlichem Einfluß stehen. Die Leiter sind gewöhnlich Pastoren. Es liegt überaus nahe, daß einem verurteilten Jugendlichen, der sich der Aufsicht einer solchen Vereinigung zu unterstellen hat, schon deshalb Schwierigkeiten bereitet und sittliche Würdigkeit für Vergünstigungen abgesprochen werden können, weil er Dissident ist. Man kennt doch die Toleranz der Vertreter der christlichen Kirche. Aus ihrem Einfluß auf die Durchführung des Jugendgerichtsgesetzes würde notwendigerweise entweder eine einseitige Beeinflussung der Jugendlichen durch inneren und äußeren Zwang, oder aber bei deren ablehnender Haltung eine Benachteiligung in der Ueberwindung der Folgen ihrer Verurteilung entstehen. Unter allen Umständen muß also verhindert werden, daß die Aufsicht zu Erziehungszwecken in Verbearbeit für eine der Religionsgemeinschaften, die da glauben, sie können sich noch auf Christus berufen, ausartet.

Der Plättner-Prozeß vertagt.

Dem Staatsgerichtshof überwiesen.

Der Plättner-Prozeß hat gestern nachmittag 8 Uhr sein Ende erreicht, ohne daß ein Zeuge vernommen worden ist. Das Gericht hat die Plättner-Gruppe als eine geheime Organisation angesehen, die die gewaltsame Aenderung der Staatsform beabsichtigt und zu diesem Zweck auch die Ueberfälle zum Teil ausgeführt habe. In ihren Taten liege auch die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens. Das Gericht halte sich deshalb für unzuständig und verweise die Sache an den Staatsgerichtshof. Ob die Angeklagten damit nicht aus dem Regen in die Traufe gekommen, muß die Zukunft lehren. Ihre Verteidiger haben es offen ausgesprochen, daß damit zu rechnen sei. Allerdings können Hochverräter leichter auf Amnestierung rechnen als gemeine Verbrecher. Gegen den Autoführer Adolph und Frau Bielke dürfte der Staatsgerichtshof zu einem Freispruch kommen. Das Schwurgericht würde bei diesen Angeklagten wohl zu demselben Ergebnis gelangt sein.

Verbot öffentlicher Umzüge.

Der Herr Regierungspräsident in Merseburg hat unterm 1. Juli 1923 im Hinblick auf die in letzter Zeit erfolgten Zusammenstöße im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bis auf weiteres sämtliche Versammlungen und Umzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten.

•

Damit scheint dem organisierten Landfriedensbruch, wie er in der letzten Zeit allerorten von rechtsradikalen Organisationen mit nie dagewesener Dreistigkeit verübt wurde, vorläufig ein Ende bereitet zu sein. Dem Verbot von Umzügen müßte sofort ein zweites folgen, das den Feinden der Republik das Tragen von Uniformen mit feldmäßigen Stahlhelmen unmöglich macht. Vielleicht bedarf es dazu auch gar keines besonderen Verbotes, sondern nur der schärferen Handhabung bestehender Bestimmungen. Im übrigen hoffen wir natürlich, daß von dem Verbot solche Umzüge, die nicht staatsfeindlichen oder auch nur politischen Charakter tragen, betreit sind und daß die Fest kundgebung der Genossenschaftler am kommenden Sonntag nicht gehindert wird.

Was wird aus den Krankenhäusern?

Kein Erlaß der Kohlensteuer. • Gleitende Verpflegungskostensätze in Aussicht genommen.

Die Krankenhäuser leiden besonders schwer unter der allgemeinen wirtschaftlichen Not. Die Ausgaben steigen in das Riesenhafte, die Einnahmen an Verpflegegeldern hinken nur entfernt hinterher. Die Krankenhäuser der Regierungsbezirke Merseburg, Magdeburg, Erfurt und des Freistaates Anhalt haben eine lose Vereinigung gebildet, um gemeinsame Hilfsmaßnahmen besser erörtern und durchführen zu können. Sie hielt am 30. Juni in Nordhausen eine Vertreterversammlung ab. Da besonders die teuren Kohlen mit zu dem Elend der Krankenhäuser beitragen, war beantragt worden, daß für die

in Krankenhäusern verbrauchten Kohlen die Kohlensteuer erlassen

wird. Die Reichsregierung hat das aber abgelehnt. Es wurde nun beraten, wie durch Umbau der Heiz- und Kochanlagen Ersparnisse am Brennmaterial erzielt werden können. Befürwortet wurde weiter der rechtzeitige Einkauf von Waren und, soweit Städte die Träger der Krankenhäuser sind, der Einkauf für alle konsumierenden ähnlichen Anstalten. Hierbei wurde freilich eingewendet, daß heute die Städte so arm sind, daß sie kein Geld für solche größeren Aufkäufe besitzen. Gewünscht wurde weiter, daß die Krankenhäuser in ihren Verwaltungen beweglicher und von dem bureaukratischen Apparat der Stadt losgelöst werden. Es müsse mehr kaufmännischer Geist einziehen. Hinsichtlich der Verpflegesätze wurde erneut beschlossen, zu einer „gleitenden Skala" insofern zu kommen, als stets

als Gebühr 60 Prozent des Tagelohnes eines ungelernten städtischen Arbeiters

erhoben werden soll. Auf diesem Wege werde man in den nächsten Tagen schon auf Verpflegesätze in der 3. Klasse von 20 000 bis 25 000 Mark kommen. Zu diesem Maßstab ist man deshalb gekommen, weil auch in der Vorkriegszeit ie der Regel die Verpflegungssätze sich in einer Höhe von etwa dreiviertel des Tagelohnes eines ungelernten Arbeiters bewegten.

Von Prof. v. Drygalski in Halle wurde besonders verlangt, die Krankenhäuser nicht etwa der wirtschaftlichen Nöte wegen ganz oder teilweise zu schließen, die Krankenhäuser seien Wohlfahrtsinstitute und man müsse von vornherein mit Zuschüssen ihrer Träger (der Gemeinden oder des Staates) rechnen. Es wurde festgestellt, daß

schon früher etwa ein Drittel der Gesamtaufwendungen eines Krankenhauses zugeschossen

werden mußten. Das werde heute hier und da nicht mehr ausreichen. Bemerkenswert war, daß von ärztlicher Seite wieder der Wunsch vorgebracht wurde, auch bei den Kranken der 3. Verpflegeklasse die ärztliche Behandlung besonders bezahlt zu nehmen, wie das bei den Kranken der 1. und 2. Klasse überall sei. Es wurde erwidert, daß sich die Krankenkassen gegen eine solche Neuerung entschieden wenden und daß sie tatsächlich auch unzweckmäßig und unsozial sei.

Im weiteren Verlaufe der Tagung sprach noch Bürgermeister Kleeis (Aschersleben) über Haftpflichtversicherung im Krankenhaus und Oberarzt Dr. Hering (Weißenfels) über Röntgen-Kostenberechnung. Der Tarif mit dem Anstaltspersonal befindet sich in der Abänderung. Umstritten ist hier besonders, welcher Gehaltsteil für die freie Verpflegung anzurechnen ist.

Der lehrreichen Konferenz schlossen sich verschiedene Besichtigungen an.

Die Statistik spricht.

Weniger werdendes und mehr schwindendes Leben.

Das erste Vierteljahr hallischer Statistik (für Januar/März 1923) liegt abgeschlossen vor. Wieder sind alle wichtigen Vorgänge in der Bevölkerungsbewegung, im Wirtschaftsleben, in den kommunalen Betrieben, in der Fürsorgetätigkeit, vor allem der Stadtverwaltung, die infolge der sinkenden Kraft der privaten Vereine immer mehr die ganze Fürsorgearbeit im Stadtgebiet übernehmen muß, in übersichtlichen Tabellen zur Darstellung gebracht.

Eheschließungen sind im Januar/März 460 zu verzeichnen gewesen gegenüber 468 im gleichen Zeitraum 1922 und 251 im gleichen Vierteljahr 1914. Die Eheschließungshäufigkeit ist also immer noch erheblich stärker als vor dem Kriege. Die Menge der Geburten steht aber in keinem gleichen Verhältnis hierzu. Den 251 Eheschließungen im ersten Vierteljahr 1914 stehen 1105 Geburten im gleichen Zeitraum zur Seite oder 4,4 Geburten in der Gesamtbevölkerung auf eine neue Ehe. Im ersten Vierteljahr 1923 dagegen treffen nur 2,4 Geburten aus der Gesamtbevölkerung auf eine neue Ehe. Diesem geringen natürlichen Zuwachs steht ein stärkerer Abgang durch Tod gegenüber: den 711 in Halle im ersten Vierteljahr 1914 Verstorbenen entsprechen 949 in 1923. Das sind erschreckende Zahlen, die den wirtschaftlichen Rückgang der Gegenwart in seiner ganzen Grausamkeit zeigen.

Eine bedenkliche Entstellung

der Tatsachen leisten sich die „Hallischen Nachrichten" vom Dienstag im Bericht ihres Berliner Vertreters über die Behandlung der Fechenbach-Interpellation im Reichstag. Mitten unter den Beschimpfungen des Genossen Fechenbach, (das Blatt mit der enorm wandelbaren Meinung nennt ihn „dunklen Ehrenmann" und wirft ihm „schmutzigen Schacher" vor) steht die Behauptung, der Sachverständige Dr. Thimme habe Fechenbachs Schuld vor Gericht „für in allen Punkten zweifelsfrei erwiesen" gehalten. Das Gegenteil ist richtig. Dr. Thimme hat vor Gericht gesagt, daß die Veröffentlichungen Fechenbachs den Landinteressen eher hätten nützen als schaden können. Daß sich der Berliner Vertreter der „Hallischen Nachrichten" auf den Verlauf der Verhandlung vor dem Münchener Volksgericht noch besinnt, können wir nicht erwarten, weil er sich dann seiner und seines Blattes politischer Stellungnahme um den Anfang des Jahres 1919 unbequemerweise wohl auch noch erinnern müßte. Immerhin aber muß man erwarten, daß ein Publizist, der für ein nach seiner Auffassung ernst zu nehmendes und seiner Ueberzeugung mit ehrlichen Mitteln dienendes Blatt schreibt, sich über die behandelten Dinge auch hinreichend unterrichtet. In dem Bericht werden alle Gründe, die gegen das ungeheuerliche Urteil beweisen, einfach verschwiegen, obgleich Herr Dr. Bahr sie doch nicht nur aus der Reichstagsrede des Genossen Ditimann, über die er sich verbreitet, kennen wird. Dagegen bemüht sich der Korrespondent mit trappierender Liebe zur Sache alle Gründe für die Aufrechterhaltung des Fehlspruches mühsam zusammenzutragen.

Wir haben keinen Anlaß, hier das zu wiederholen, was sonst selbst Ignoranten an schwerwiegenden Tat- und Rechtsumständen gegen eine Verurteilung Fechenbachs bekannt ist. Wir möchten nur eine Frage unter den vielen möglichen aufwerfen: „Findet Herr Bahr es in der Ordnung, daß ein Mann, selbst wenn er Landesverrat begangen hätte (und Fechenbach tat es nicht!), trotz der Verjährung der strafbaren Handlung in Zuchthaus geschickt wird?" Sicher steht Herr Dr. Richard Bahr doch auf dem Standpunkt, daß seine und seines Blattes nachrevolutionäre radikalliberale Haltung auch längst verjährt ist.

Nebenbei bemerkt legen wir die Frage weit mehr als dem Verfasser des tendenziösen Berichts über die Fechenbach-Interpellation den Arbeitern vor, die den „Hallische Nachrichten" genannten General-Anzeiger mit der dokumentiert monarchistischen Einstellung noch immer lesen.

Hallisches Pferderennen.

Zwei schwere Stürze. — Ueberraschungssiege.

Der gestrige Renntag wies wiederum einen Massenbesuch auf. Auf der Bahn ereigneten sich zwei schwere Stürze, durch die der Favorit Vellejus im 6. Rennen und Machthaber im 6. Rennen ausgeschaltet wurden. Mensa gewann das Hauptrennen. Saloppe, der Sieger im 5. Rennen, wurde wegen Fehlgewichts disqualifiziert. Jedoch wurden die Wetten wieder ausgezahlt. Als Sieger in diesem Rennen wurde Juvento anerkannt.

1. Kornblumen-Rennen. 1200 Meter. 1. Flemba; 2. Schnepfe; 3. Maja. Toto: 10:29 Sieg.
2. Preis der Waldrebe. 2400 Meter. 1. Fahneneid; 2. Ravenna; 3. Brefa. Toto: 10:22 Sieg, 13, 24, 17 Platz.
3. Erstlings-Rennen. 1000 Meter. 1. Karl Heinz; 2. Immerweis; 3. Gaunsankar. Toto: 10:51 Sieg, 27, 36 Platz.
4. Sachsen-Weimar-Jagdrennen. 4000 Meter. 1. Menja; 2. Hagenwald; 3. Hagelschlag. Toto: 10:25 Sieg, 11, 12 Platz.
5. Preis von Mühlinghoven. 1600 Meter. 1. Juvento; 2. Darwana; 3. Ammonia. Toto: 10:30 Sieg, 18, 27 Platz. Vellejus gestürzt. Saloppe disqualifiziert.
6. Teich-Jagdrennen. 3800 Meter. 1. Pallas; 2. Napi; 3. Primus. Toto: 10:14 Sieg, 12, 16, 18 Platz. Machthaber gestürzt.
7. Preis von Hohenthurm. 1400 Meter. 1. Oda; 2. Arion; 3. Trutz. Toto: 10:91 Sieg, 26, 16 Platz.

Vorläufige Teilzahlung des Abonnements.

Unsere Leser werden dringend gebeten, von den Austrägern die Quittung über die vorläufige Teilzahlung des Bezugsgeldes anzufordern und den Betrag zu entrichten. Wir bitten darum, die zweimalige Kassierung diesmal als durch die gegenwärtigen Verhältnisse bedingt entschuldigen zu wollen. Es ist auch für uns eine leider nicht zu umgehende Last.

Die Austräger werden um schnelle Kassierung und Geldeinsendung ersucht.

Der Verlag.

Wuchergericht.

In der gestrigen Tagung des Amtsgerichts (Abteilung für Wuchersachen im beschleunigten Verfahren) ist durch sofortigen Erlaß eines Strafbefehls erkannt worden: 1. gegen eine hiesige Altmarenhändlerin wegen übermäßiger Preissteigerung zweier auf einer Auktion erstandener Motore auf eine Geldstrafe von einer ½ Million Mark; 2. gegen eine hiesige Lebensmittelhändlerin wegen fahrlässiger Nichtauszeichnung feilgehaltener Kartoffeln auf eine Geldstrafe von 2500 Mk.; 3. gegen einen hiesigen Händler wegen unerlaubten Großhandels mit Butter auf eine Geldstrafe von 50 000 Mk.; 4. gegen eine hiesige Lebensmittelhändlerin wegen übermäßiger Preissteigerung für Sauerkraut auf eine Geldstrafe von 30 000 Mk. und Einziehung des übermäßigen Gewinns in Höhe von 20 000 Mk.

Was teurer wird.

Die Brikettpreise

betragen seit dem 1. Juli bei fuhrenweiser Anfuhr in der Innenstadt, gesetzt 24 100 Mk., geschüttet 28 800 Mk.; für Selbstabholer ab Platz des Großhändlers mit Gleisanschluß 22 800 Mark, ohne Gleisanschluß 22 840 Mk.; ab Platz der Kleinhändler 22 900 Mk. Grudekoks frei Haus 24 200 Mk., ab Platz 23 200 Mark.

Parteinachrichten.

* **Ortsverein Halle.** Donnerstag abend 8 Uhr im Parteibureau wichtige Vorstandssitzung. Erscheinen ist dringend notwendig.

Der kälteste Juni seit hundert Jahren. In der Nordschweiz ist der abgelaufene Monat Juni der kälteste seit ungefähr hundert Jahren gewesen. Nach dem Befund der meteorologischen Zentralstation erreicht das Wärmedefizit nahe 4 Grad Celsius. Die mittlere Monatstemperatur erreichte für Zürich 12,6 Grad, was niemals dagewesen ist, solange diese Aufzeichnungen existieren.

* **Die Arbeit der Ueberfallkommandos.** Seit dem Bestehen der Ueberfallkommandos wurden diese in 20 Fällen von der Bevölkerung zur Hilfe herbeigerufen. In 18 Fällen war das Eingreifen von Erfolg und führte zur Strafverfolgung.

Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Sozialistischer Studentenbund.** Morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr Zusammenkunft beim Genossen Siengel, Friedrichplatz 6 I.

* **Volkspark.** Am Freitag, dem 6. Juli, veranstalten die Giebichensteiner Arbeiterliedertafel und die Trotbaer Arbeiterliedertafel unter Mitwirkung des Steuer-Orchesters ein großes Doppelkonzert. Das Konzert findet außer Abonnement statt. Bei anhaltender Besserung des Wetters steht den Besuchern ein genußreicher, angenehmer Abend in dem herrlichen Garten unseres „Volksparks" bevor, so daß ein Besuch der Veranstaltung nur angelegentlichst empfohlen werden kann.

• Briefkasten der Redaktion.

Fr. J., Rothenburg. Eine strafrechtliche Verfolgung des Kindes ist überhaupt in keinem Falle möglich, da es noch nicht 12 Jahre alt ist. Der Wachtmeister hat mit der Sache also gar nichts zu schaffen. Auch zu Schadenersatz sind Sie nicht verpflichtet, weil Frau A. ja Ihr Kind geschickt, also auch die Verantwortung übernommen hat. Ist der Zettel des Kaufmanns nicht mehr da? Seine Angaben müßten in jedem Falle wichtig sein. Nach unserem Dafürhalten ist es an sich schon sehr unwahrscheinlich, daß Frau A. dem Kinde vor dem zweiten Weg noch einmal 7000 Mk., also insgesamt 12 000 Mk., mitgegeben haben soll. Eine Erpressung liegt nicht vor; Beleidigung nur dann, wenn die Frau die Grenzen der Wahrung berechtigter Interessen überschritten hat. Das können wir aber nicht beurteilen, da Sie uns keine Mitteilung über die Aeußerungen selbst gemacht haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230704-19/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Freiwilliges Parteiopfer!

Infolge der fortschreitenden Geldentwertung kommt die Partei in eine immer schwierigere Lage. Die Einnahmen aus Beiträgen reichen bei weitem nicht aus, die Parteieinrichtungen aufrechtzuerhalten und allen Anforderungen gerecht zu werden.

Die Schlagkraft der Partei muß aber erhalten werden. Gerade in der gegenwärtigen Situation ist eine erhöhte Aktivität der Partei notwendig. Vor allem gilt es, mit aller Kraft gegen die

umstürzlerischen Pläne der Faszisten

und Stahlhelmelemente anzukämpfen.

Diesen Kampf kann die Partei aber nur dann führen, wenn ihr die dazu notwendigen Geldmittel zur Verfügung gestellt werden.

Wir appellieren deshalb an

die Opferwilligkeit der Parteimitglieder

und ersuchen dringend, die Partei durch freiwillige Extrabeiträge finanziell zu stärken. An alle Mitglieder richten wir den Ruf:

Gebt uns die Mittel,

die die Partei in ihrem schweren Kampfe braucht.

Geldsendungen erbitten wir an: Vereinigte Sozialdemokratische Partei, Bezirksverband Halle. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 875 75.

Bezirksleitung der VSSD. Halle. Franz Peters.

Achtung! Richtig frankieren!

Vom 1. Juli an gelten die neuen Portosätze. Wir ersuchen unsere Geschäftsfreunde, Mitarbeiter und Austräger, alle Zusendungen richtig zu frankieren, damit das erhöhte Strafporto vermieden wird.

Für den gewöhnlichen Verkehr sind folgende Portosätze zu beachten:

Ortsverkehr: Postkarte 60 Mk., Briefe bis 20 Gramm 120 Mk., über 20 bis 100 Gramm 180 Mk., über 100 bis 250 Gramm 300 Mark, über 250 bis 500 Gramm 500 Mk.

Fernverkehr: Postkarte 120 Mk., Briefe bis 20 Gramm 300 Mk., über 20 bis 100 Gramm 360 Mk., über 100 bis 250 Gramm 450 Mark, über 250 bis 500 Gramm 540 Mk.

Drucksachen bis 25 Gramm 60 Mk., über 25 bis 50 Gramm 120 Mk., über 50 bis 100 Gramm 180 Mk., über 100 bis 250 Gramm 300 Mk., über 250 bis 500 Gramm 360 Mk., über 500 bis 1000 Gramm 450 Mk.

Magdeburger Stahlhelmfreuden.

Ein vermanschter Stahlhelm-Tag. — In Magdeburg gab's nichts zu erben. — Die Demonstration ohne Stahlhelm.

Der seit Monaten verbreitete große Generalfestakt der Stahlhelmer in Magdeburg hat einen kläglichen Ausdruck gefunden. Stahlhelme und Uniformen durften nicht getragen werden und so machten die Mannen einen oft jämmerlichen Eindruck. Die reaktionäre Presse spuckt jetzt Gift und Galle gegen den Genossen Hörsing, der ihnen mit seinem Verbot des militärischen Aufzuges die Suppe arg versalzen hat. Unser Magdeburger Parteiblatt schreibt über den Tag u. a.: Auch ein begeisterter Anhänger des Stahlhelms wird nicht behaupten, daß die Tagung des Stahlhelms besonders eindrucksvoll gewesen wäre. Aus ganz Deutschland waren Abordnungen erschienen, aus der weiteren Umgebung Magdeburgs waren die Ortsgruppen insgesamt aufgeboten und trotzdem waren nicht mehr als 2000 bis 3000 Mann erschienen. Das wirklich schlechte Wetter kann als Entschuldigung nicht dienen.

Die Magdeburger Bevölkerung verhielt sich kühl und ließ den Stahlhelm unter sich. Die Kommunisten stellen in der „Tribüne" entrüstet fest, daß Gewerkschaften und Sozialdemokraten nichts gegen den Stahlhelm unternehmen wollten. Und die Kommunisten? Die blieben, was ganz vernünftig war, ruhig zu Hause.

Drei Fahnenträgern wurden auf dem Dampfe die Stahlhelme abgenommen und schließlich hat die Polizei einige 20 Roßbach-Jünglinge, die sich gegen den Willen der Stahlhelm-Leitung an dem Umzug beteiligen wollten, festgenommen. Die Bürschlein stammten aus Magdeburg, Schönebeck und Groß-Salze-Elmen, waren ausgerüstet mit Gummiknüppeln und Dolchen, was ihnen eine Anzeige wegen unbefugten Waffenbesitzes einbringen wird.

Die Stahlhelm-Leute aus Halle a. S. hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen, sie beglückten dafür die schöne Stadt Naumburg.

Provinzialmeisterschaften der Schutzpolizei der Provinz Sachsen.

Die in den letzten Jahren in Halle veranstalteten größeren Sportfeste der Schutzpolizei erfahren in diesem Jahre eine erhebliche Erweiterung, so daß am 29., 30. und 31. Juli 1923 die Meisterschaften innerhalb der Schutzpolizei der Provinz Sachsen im Schwimmen, Boxen, Turnen, Schwerathletik, Leichtathletik, Hand- und Fußball ausgetragen werden sollen. Es soll hierdurch ein weiterer Ansporn für den Betrieb der Leibesübungen innerhalb der Schutzpolizei und eine Anregung für den Wettbewerb zwischen den sporttreibenden Polizeibeamten und privaten Sportvereinen geschaffen werden.

Erwähnt sei noch, daß der Minister des Innern im August und September 1923 beabsichtigt, die Landes-Meisterschaften der Schutzpolizei Preußen in Berlin zum Austrag bringen zu lassen. Diese Wettbewerbe sollen alljährlich wiederholt werden und weiterhin zu allgemeinen deutschen Polizei-Meisterschaften ausgebaut werden.

Vom 29. bis 31. Juli finden die Ausscheidungskämpfe in Halle statt. Das Sportpublikum wird hervorragende Leistungen zu sehen bekommen. Leistungen wie 11,1 Sekunden im 100-Meter-Laufen, 6,50 Meter im Weitsprung, 48 Meter im Speerwerfen usw. sind schon jetzt von einzelnen Beamten erreicht worden.

Am 5. Juli 1923 ist für die „Kanonen" der Schutzpolizei der Provinz Sachsen Nennungstermin.

Ausdau der Jugendpflege.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird in einem Erlaß des Ministers für Volkswohlfahrt darauf hingewiesen, daß alle in den Gemeinden bestehenden Einzelvereine für körperliche, geistige und sittliche Pflege der Jugend ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Weltanschauung den bestehenden Ortsausschüssen für Jugendpflege anzugehören haben, sofern sie staatliche Unterstützungen zu erhalten wünschen. Auch Jugendpflegeverbände usw. können mit Beihilfen für bestimmte Aufgaben, nicht jedoch für Verwaltungskosten und dergleichen, bedacht werden. Voraussetzung ist aber auch bei ihnen, daß sie der staatlichen Jugendpflegeorganisation angeschlossen sind und an der Erreichung ihrer Ziele wirklich mitarbeiten.

Verbot einer Hetzschrift in Thüringen.

Das Pressearmt Thüringen teilt mit: Die im Verlage des Schriftstellers Hans Kipper zu Graz (Steiermark) erscheinende periodische Zeitschrift „Michel" ist auf Grund des § 21 in Verbindung mit § 17 zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 (RGBl. I. S. 585) durch das Thüringische Ministerium des Innern im Gebiete des Freistaates Thüringen auf die Dauer von 6 Monaten, und zwar vom 25. Juni bis 24. Dezember 1923 einschließlich, verboten worden. Zuwiderhandlungen sind nach § 22 des Republikschutz-Gesetzes strafbar. Das Verbot gründet sich auf schwere Beschimpfungen und Herabsetzungen der Deutschen Republik durch einen in der Folge 22 jener Zeitschrift vom 8. Juni 1923 abgedruckten Artikel „Deutschland", in dem die deutsche Republik als „jüdisch-marxistischer Saustall" bezeichnet wird. Weiter wurden in dem Artikel „Die deutsche Not" in der Folge 23 des „Michel" vom 10. Juni 1923 die ermordeten Reichsminister Erzberger und Rathenau „Wortführer der Novemberverbrecher" geschimpft.

Bedra. Wohnungsnot! Herrliche große Zimmer, unbenutzt, im Schlosse des bekannten Rittmeisters von Helldorf, schreien nach Menschen. Unverzeihliche Fehler, wenn solche unbenutzten Räumlichkeiten den wohnungsuchenden Familien vorenthalten werden. Und weshalb geschieht nichts? Die Wohnungskommission ist zu schwach. Leider. Sicherlich wollen die hohen Behörden dem Herrn Rittmeister nicht wehe tun? Sollten sich die Zeiten auf reaktionären Wunsch doch mal ändern, dann sind die Räume für eine Wucherarbeitslosen der neuen Kapprregierung schon heute reserviert. Aeh äh äh herrliche, famose Sache! Herr Rittmeister! Klar sieht hier der Arbeiter, daß hochgeborene Herren nicht die leiseste Ahnung vom Wohnungselend haben. Unerklärlich ist es, wie der Amtsvorsteher als ruhiger Zuschauer dieser Liebeslustbarkeiten tatenlos seinem Brotherrn heilfest. Kennt er nicht die Wohnungsnot? Seine Räume sind ja allerdings reichlich groß.

Es geschieht nichts! Warum wird nicht gehandelt? Die Führer sind schuld!

Diesen gedankenlosen Redensarten begegnet man auf Schritt und Tritt. Auch gar mancher, der pünktlich seine Beiträge im Verband und in der Partei bezahlt, gebraucht diese monotonen Redensarten. Da darf wohl auch gefragt werden:

Was hast Du getan?

Hast Du bloß geschimpft oder hast Du durch Aufklärungsarbeit unter Deinen Mitarbeitern, Bekannten und Verwandten für den

proletarisch-sozialistischen Kampf

geworben?

Noch steht die große Masse dem politischen Kampf fern, sie herauzuholen ist unsere Pflicht. Deshalb nicht länger gewartet,

beweise durch die Tat,

indem Du sofort durch Gewinnung einiger neuer Leser

Deines Parteiorgans

und neuer Mitkämpfer für die

Vereinigte Sozialdemokratische Partei

den

Sieg des Sozialismus

mit erringen hilfst.

Aber Verständnis für die Notlage des Volkes fordert man von einem öffentlichen Beamten. Besitzt er keins? Nein! Längst hat die Arbeiterschaft erkannt, daß er unfähig ist, in heutiger Zeit, noch dazu als überzeugter Monarchist, nach sozialen Grundsätzen seinen Amtsbezirk zu leiten. Allzusehr steht der Arme im Banne seines Brotherrn. Unbedingt mußte er durchsetzen, daß Räume des Schlosses für Wohn- und Schulzwecke abgetreten wurden. Hoffentlich erbarmt sich der Staat dieser Sache, oder die Arbeiter müssen sich selbst helfen.

Unterbezirks- und Gemeindevertreterkonferenz für Sangerhausen-Eckersberga.

Am Sonntag, dem 8. Juli, vormittags 9 Uhr, tagt in der Georgienbrauerei in Sangerhausen eine

Unterbezirks- und Gemeindevertreter-Konferenz.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage und die Aufgaben der Partei.
2. Die bevorstehenden Gemeindewahlen.
3. Geschäftsbericht und Wahl des Unterbezirksvorstands.
4. Verschiedenes.

Alle Ortsvereine sowie die Gemeindevertreter, Gemeindevorsteher, Amtsvorsteher usw. müssen auf der Konferenz vertreten sein.

Die Unterbezirksleitung der VSSD. Sangerhausen.

J. A.: Erich Brüll.

Kelbra. Stadtverordnetensitzung. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde an Stelle des Stadtverordneten Seyepfand, welcher zum Magistratsbeigeordneten gewählt wurde, der Knopfmacher Robert Pilz neu eingeführt. Ferner hatte der Magistrat beschlossen, die Kriegsnotverordnung betreffs der Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung, wonach das Stadtparlament nur bei einem Drittel der anwesenden Stadtverordneten beschlußfähig war, aufzuheben. Dann wurde über den Verkauf der diesjährigen Kirschen verhandelt. Hierüber setzte eine lebhafte Aussprache ein. Die Kirschen sollen parzellenweise verkauft werden. Zum Verkauf werden nur diejenigen Einwohner zugelassen, welche keine Kirschberge besitzen und nicht im Besitz von Kirschbäumen sind. Als Taxpreis waren vom Magistrat pro Pfund 500 Mk. festgesetzt. Die Kommunisten setzten es durch, daß die Stadtverordneten beschlossen, den Preis pro Zentner mit 10 000 Mark festzusetzen. Diesen Beschluß hat der Magistrat in einer späteren Sitzung abgelehnt, weil der Ausfall für den Stadtsäckel (balanciert doch der aufzustellende Etat in Ausgabe und Einnahme mit 2 Millionen Mark) zu beträchtlich ist. Unser Parteigenosse, Magistratsmitglied Karl Eßrich, sowie der bürgerliche Vertreter im Magistrat waren mit einer Herabsetzung des Preises auf 200 Mark pro Pfund einverstanden. Der Vertreter der Kommunistischen Partei konnte sich jedoch nicht entschließen, diesem Vorschlag zuzustimmen. Es blieb somit dem Magistrat nichts anderes übrig, als diese Sache der Regierung in Merseburg zu unterbreiten.

Berga a. Kyffh. Nationalistischer Klimbim. In einer Nacht vom Sonnabend zum Sonntag feierte der hiesige Kriegerverein irgendein Fest. Anfangs wahrte man die altbergebrachte „Würde". Das nachdem! Waren daß noch die „vernünftigen, ehrenwerten Spießer" Bergas? Nachdem sie erst so mancher Flasche den Hals gebrochen und den Inhalt durch ihre Kehle gejagt hatten, wurde aus der Fusammenkunft ein sogenannter „Rummel" mit streng nationalem Charakter. Der nationalistische Mob war seinem Käfig entsprungen. Die ganze Nacht ging es, voran eine Musikkapelle, die sich zum stärkeren Gaudium meist aus „Kommunisten" zusammensetzte, durch die Straßen unseres Ortes. Vorweg der „Aeh"-„Aeh"-Leutnant der „hinteren Linie" und Amtsvorsteher in einer Person, Rittergutsbesitzer oder Domänenpächter Peters. Durch die freudige Hurrastimmung hatte er jedenfalls die Begriffe verwechselt, denn als Amtsvorsteher wäre es eigentlich seine Pflicht gewesen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Wir hätten einmal sehen mögen, wie schnell „Amtmann" Peters bei der Ausfüllung der Strafmandate gewesen wäre, wenn sich Arbeiter diesen „ruhestörenden Nachtlärm" erlaubt hätten. Eine vorgenommene Sammlung zur Anschaffung einer schwarzweißroten Fahne brachte über 1 Million Mark ein. Auch eine Illustration zur Not unserer Zeit. Zu dem nationalistischen Gegröhle gehörte natürlich auch eine herumtergenäselte Leutnantsrede. Doch weich Malkeur! Durch den überreichlichen Alkoholgenuß entgleiste der Herr Amtsvorsteher und sagte ungefähr so: „Ich freue mich, daß unser Verein so groß geworden ist und hoffentlich kommen noch mehr Ar.....er in unseren Verein." Erstens ein Zeichen der geistigen Selbsterniedrigung des Redners, der sonst verkörperten Moralgroßagrarier und zweitens die Tatsache, daß die anderen Mitglieder nur Handlanger und Mitschreier des „Einen" sind. Für die Arbeiter erwächst die Pflicht, solche Klimbimvereine zu meiden und der Partei beizutreten, zu der sie hingehören. Das ist die Vereinigte Sozialdemokratische Partei!

Straßberg im Harz. Ueberdas Ruhrproblem sprach am Sonntag in gutbesuchter Versammlung Landtagsabgeordneter R. Drescher (Halle). Der Vortrag gab besonders den bäuerlichen Versammlungsbesuchern ein Bild von der Bedeutung der Ruhrfrage, wie es ihnen noch nicht geboten worden ist. Unsere hiesigen Bauern konnten sich aus dem Vortrag manche Lehre ziehen, denn sie glauben meist, daß sich die Welt nur um die Landwirtschaft dreht. In der Debatte sprach ein Redner, der augenscheinlich der deutschen Volkspartei angehörte. Er sprach sehr sachlich. Was er an dem Vortrage auszusetzen hatte, erörterte der Referent in einer kurzen Erwiderung, worauf die Versammlung ihren Schluß fand.

Hohenleipisch. Der neue Amtsvorsteher. Bekanntlich wählte der letzte Kreistag in Liebenwerda den Kommunisten Hermann Töpfer zum Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Hohenleipisch. Diese Wahl verursachte in unserer Gemeinde allgemeine Spannung und Neugierde, ob Töpfer bestätigt würde oder nicht, zumal Töpfer schon in einer öffentlichen Versammlung prophezeite, der Oberpräsident Hörsing bestätige Kommunisten grundsätzlich nicht. Die Bestätigung erfolgte jedoch trotzdem, und der führende Mann der hiesigen kommunistischen Ortsgruppe ist nun ebenfalls zum „Sachverwalter des Kapitals" in der von ihm so vielmals verfluchten „Ebert-Republik" geworden. Das ist natürlich ein großer Sieg in den Augen der makellosen Revolutionäre von reinstem Wasser, Richtung Moskau. Man schreitet hier überhaupt von „Erfolg zu Erfolg". Der Totalkampf der hiesigen kommunistischen Ortsgruppe für Bevorzugung des Gasthofs Kralisch wird mit einem revolutionären Elan geführt, der in der Geschichte seinesgleichen sucht. Der Reichsarbeitersporttag wurde zum Kommunistischen Großkampftag gestempelt. Alle Mienen ließ man springen, und der Erfolg — gleich Null. Ja, das Gegenteil von dem, was man sich wünscht, tritt ein, der besonnere Teil der hiesigen Arbeiterschaft verweigert mehr und mehr diesen Phrasendreschern die Gefolgschaft. So ist es nun sogar soweit gekommen, daß der „große Führer mit fast einigen Genossen aus dem Arbeiter-Turnverein ausgeschlossen wurde, weil man dort seiner ewigen Stänkerei überdrüssig war. Nach diesem Hinauswurf ist nun der frischgebackene Amtsvorsteher, Kreistagsabgeordnete, Vorsitzende des Betriebsrats der Grube Pfeffa, Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe der KPD. und Gott weiß was noch alles mit einem neuen Ausschluß bedacht worden. Die Verwaltungsstelle Elsterwerda des Deutschen Metallarbeiterverbandes mußte ihr werbes Mitglied Hermann Töpfer wegen Nichtbezahlung von Beiträgen laut statutarischer Bestimmung ausschließen. Nichtbezahlung von Beiträgen ist eine von Töpfer jahrelang geübte Praxis. Doch ist dieses chronische Uebel dem großen Revolutionär zum Verhängnis geworden. Für heute soll es nun genug sein. Wirklich eine Führerqualität dieser Töpfer!

Großthiemig. Schwarzweißrote Revue. Am 1. Juli fand das Fest des L.-V. „Grüne Eiche" statt. Der Parole des Walter Tenner waren nur wenige Anhänger gefolgt. Drei ganze schwarzweißrote Fahnen hatten die Macher aufbringen können. Der Vater des Parolenschmiedes hatte natürlich sein altes wohlaufbewahrtes Fähnchen herausgehängt. Der zweite Flaggenhalter hatte vor zwei Jahren einem unserer Genossen gesagt, er solle für vorsehen, daß er nicht einmal einen kahlen Kopf bekommt. Deshalb hängte dieser würdige Heitgenosse vielleicht auch diesmal die Mordfahne heraus. Als dritter Gefolgschafter hatte ein Mann die Fahne der Monarchie herausgehängt, der jedenfalls damit gegen seinen auf die Verfassung geleisteten Eid demonstrieren wollte. Sonst hatte sich der „Turn-Verein", wahrscheinlich angeregt durch unsern letzten Bericht, ziemlich neutral verhalten. Desto besser lühlt es sich unter dem Deckmantel der Neutralität gegen Volk und Republik arbeiten. Beim Umzug der Monarchiebegeisterten marschierten an der Spitze die republikanischen Beamten.

Kleine Nachrichten.

Kelbra. Der Knopfmacher Döring aus Thaleben stürzte bei einem Krampfanfall von dem schmalen Steg in die Helme hinein und wurde später tot aufgefunden. — **Kleinkühnau.** Lebensgefährlich verletzt wurde die 2jährige Alwine Sommer aus Kochstedt beim Radeln durch ein Auto, das sie überholen wollte. — **Wernigerode.** Aus den Köhlerteichen wurde die Leiche eines 18jährigen Mädchens gefischt, das Selbstmord durch Ertränken begangen hatte. **Thale.** „Unsere Zukunft liegt im Wasser" — sagte sich die Molkerei Wulferstedt und brachte hier seit langem Butter in den Handel, die sich bei der Beschlagnahme und Untersuchung als stark gewässert (mit 85,14 statt höchstens 16 Prozent) herausstellte. Auch war der Fettgehalt sehr gering.

Aus der Arbeitersportbewegung.

L.-Stötteritz — Alemannia-Berlin 1 : 0 (0 : 0).

Am vergangenen Sonntag standen sich beide Mannschaften in Leipzig-Eutritzsch im Endspiel um die Bundesmeisterschaft im Arbeiter-Turn- und Sportbund gegenüber. Nachdem die Turnerinnen vom L.-Eutritzsch und L.-Baumsdorf ein Trommel-Ballspiel vorführten, aus dem Eutritzsch mit 201 zu 137 Bällen als Sieger hervorgehen konnte, betraten beide Mannschaften, mit lautem Beifall begrüßt, den Platz. Bundesspielwart Koppisch wies mit kurzen Worten auf das Spiel selbst sowie auf den Wert einer anständigen Spielweise hin und übergab das Spiel dem süddeutschen Schiedsrichter. Zum Spiel selbst: Nach Anstoß von Stötteritz entwickelte sich ein lebhaftes Mittelfeldspiel, in dem sich Berlin als technisch sehr gute und schnelle Mannschaft zeigte. Trotz leichter Ueberlegenheit der Berliner, bei der diese mehr vom Spiel haben als Stötteritz, gelingt es ihnen nicht, zu einem Erfolg zu kommen, müssen sich sogar von Stötteritz fünf Ecken aufzwingen lassen, die aber nichts einbringen. Stötteritz verlegt sich mehr aufs Störungsspiel. Nach der Pause geht Stötteritz mehr aus sich heraus und bringt gewaltig, doch die schwierigsten Sachen weiß der Berliner Tormann zu halten und erst 26 Minuten vor Schluß springt ihm ein Bombenschuß aus den Händen ins Tor. Stötteritz spielt weiter offen. Berlin hat sich in der ersten Halbzeit zu weit ausgegeben und kommt selten bis zur St.-Verteidigung, die alles klärt. Nach dem Schlußpfiff können sich beide Mannschaften mit dem Bewußtsein, ein Spiel im Rahmen unserer Ziele durchgeführt zu haben, die Hände reichen. Der Schiedsrichter, der gleich von Anfang an scharf durchgriff, war dem Spiel in jeder Beziehung ein gerechter Leiter. Das Spiel selbst wurde leider durch den nassen Boden beeinträchtigt und es wäre interessant, beide Mannschaften auf trockenem Spielplatz kämpfen zu sehen; eine Voraussage ließe sich schwerlich machen. Die 12 000 bis 15 000 Mann umfassende Zuschauermenge konnte den Platz mit dem Bewußtsein verlassen, einem einwandfreien Spiel beigewohnt zu haben. Stötteritz hat sich mit diesem Spiel zum drittenmal die Bundesmeisterschaft erworben.

Wetter-Voranzage.

Donnerstag, den 5. Juli: Teilweise heiter, zeitweise wolkig, etwas Regen, strichweise Gewitter. Temperatur wenig verändert.

Freitag, den 6. Juli: Wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, etwas wärmer, Regen, vielfach Gewitter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192307 04-19/fragment/page=0006